aufbau

klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

111

Januar/Februar 2023
Fr. 3.– / € 2.–
www.aufbau.org

WM Fussball der Reichen 4
ITALIEN Wo steht die Rechte? 8
INTERVIEW In der Türkei herrschte immer Faschismus 10
KOCH Alles wird besetzt 16

ARBEITSKAMPF INTERNATIONALISTISCH

Häfen zu für Waffentransporte, auf für Migrant_innen

Die Hafenarbeiter des C.A.L.P. waren schon oft an Veranstaltungen in der Schweiz zu sehen. Sie sprechen gerne über ihren Kampf und fordern uns auf, mitzukämpfen. Sie sind Dockers und verstehen sowohl ihre Arbeit als auch ihren Kampf als eine internationale Angelegenheit.

(az) Das Kollektiv von Dockern aus Genua C.A.L.P. kennen viele von uns. Hauptsächlich wegen der Blockaden, die sie 2019 organisiert haben und mit der sie den internationalen Waffenhandel und die Beteiligung am Krieg seitens der scheinheiligen westlichen Staaten aufs Tapet gebracht haben. Es gibt dieses Kollektiv aber schon länger. Seit gut 11 Jahren sorgt es für Aufregung und Kritik im Hafen, seien das Arbeitsbedingungen, Waffentransporte oder das Nicht-Landen-Lassen von Schiffen mit Migrant_innen. Der Hafen ist ein vielfältiges Betätigungsfeld, die Logistik zudem in der jetzigen Phase des Kapitalismus eine wichtige Schwachstelle, an der sich Arbeiter_inenmacht aufbauen lässt. Und C.A.L.P. kämpft weiter, obwohl die Repression sie genau deshalb ruchlos zu zerschlagen versucht.

Neben ihren Aktionen veröffentlichen die Dockers auf ihrer Facebook-Seite Fotos von Schiffen mit Kriegsmaterialien, kommunizieren mit anderen Häfen darüber, recherchieren so gut es geht – was in geschlossenen Containern ist, können sie nur ausnahmsweise mit Hilfe von anderen wissen – und sie führen sogar Prozesse. Ironischerweise kämpft das Kollektiv, dem die Illegalisierung droht, für die Einhaltung geltenden Rechts. Denn in Italien ist der Export von Kriegsmaterialen an kriegsführende Staaten verboten, was auch den Transit beinhaltet. Die Brisanz der Frage führt dazu, dass es dem C.A.L.P. ab und zu gelingt, viel öffentliche Aufmerksamkeit für die Frage des Krieges und des Antimilitarismus zu erzeugen. So sehr, dass sogar der Papst Militante zur Audienz geladen hat. Leicht befremdend, gewiss, aber gut für die Sichtbarkeit und ein Hinweis auf die Resonanz, die die Kampagne erfahren hatte.

Insbesondere vernetzt sich das Kollektiv aber mit anderen Häfen. Die Aktionen in Genua sind das Herz der internationalen Hafen-Bewegung, die am Entstehen ist. Mit Fug und Recht können die Dockers des C.A.L.P. als Avantgarde des Arbeitskampfes in Europa bezeichnet werden, obwohl sie sich nicht so sehen. Aus politischen Gründen, es sind neben kommunistischen Kräften auch Autonome Teil des C.A.L.P., andere legen keinen Wert auf politische Zuordnung. Aber auch aus Bescheidenheit. Eine grosse Qualität, die die Militanten des C.A.L.P. auszeichnet: entschlossen und kompromisslos im Kampf, besonnen und einschliessend in der Diskussion, niemals selbstherrlich oder überheblich. Arbeiter halt, die mit dem Kapitalismus direkt konfrontiert sind und erkennen, dass sie als Hafenarbeiter an einer Schlüsselstelle der Wertschöpfungskette sitzen, die die Logistik heute ist und sich verpflichtet sehen, da anzusetzen. Sie sind jene, die da arbeiten, sie haben diese Macht.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

3 Imperialismus: Bombenstimmung

4 Fifa: WM der Reichen

5 Bericht über die Frauenkonferenz

6 Interview: Ökologie in den Philippinen

8 Italien: Was machen die Rechten?

9 Interview: Schwedendemokraten

10 Interview: Türkei

11 Interview: Kuba

12 Leitzins: Was bedeutet er?

12 Lugano verändert sich

13 Koch: Interview über die laufende Kampagne

14 Linke Kulturtage: Warum braucht es das?

16 Blues mit Klassenposition

POLITISCHE GEFANGENE

Solidarität mit Alfredo und den kämpfenden anarchistischen Gefangenen

Alfredo Cospito ist ein anarchistischer Genosse, welcher in Italien unter den Bedingungen des Artikels 41bis im Knast sitzt. Um sich gegen diese Isolationshaft zu wehren ist Alfredo in einen Hungerstreik bis zum Tod getreten. Ein Ausschnitt aus der Erklärung der Roten Hilfe International:
Gerade weil er ein revolutionärer Kämpfer ist, der das Leben und die Freiheit liebt, beschloss er angesichts dieser ihm aufgezwungenen totalen Lebensverweigerung den Kampf bis zur letzten Konsequenz zu führen. Ein Kampf für alle, für die gemeinsame Sache, gegen die staatliche Barbarei und Unterdrückung in all seinen Formen und für den revolutionären Kampf. Ein Kampf, zu dem er auch in den 10 Jahren seiner Haft in Hochsicherheitstrakten entschlossen beigetragen hat. Auch die Gefangenen der BR-PCC leisten seit 17 Jahren Widerstand gegen dieses grausame Gefängnisregime und verweigern die Kapitulation und die Zusammenarbeit, die der Staat erzwingen will. Wir wollen vor allem aufzeigen, wie groß und hingebungsvoll der Widerstand dieser Gefangenen ist: Mit ihrem Leben verteidigen sie die revolutionäre Idee, sie unterstützen die Möglichkeit und Notwendigkeit der Revolution im Interesse der gesamten Klassenbewegung, des Proletariats, der unterdrückten Völker. Sie sind ein lebendiger, atmender Teil der Tendenz zur sozialen Befreiung der Ketten dieses unmoralischen Ausbeutungssystems. Die repressive Eskalation, die von den aufeinanderfolgenden Regierungen durchgeführt wurde, erreicht ihren Höhepunkt jetzt, da sie uns ebenfalls in die Spirale der imperialistischen Kriege hineingezogen haben. [...] Die Mobilisierung nimmt Schwung an und weitet sich aus, mit unzähligen Initiativen und Aktionen unterschiedlicher Art und in vielen Ländern. Auch die demokratischen Sektoren sind in Bewegung, an die hundert Anwälte haben den ersten Aufruf der „Verteidiger der Gefangenen“ unterzeichnet. Jetzt ist der Moment! Wir können es zu einem ersten großen Versuch machen, um ihre Folter- und Todesmaschine einzudellen und unsere Klasseneinheit voranzutreiben!

Solidarität ist unsere Waffe
Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfech.noblogs.org

Editorial

Demonstration in Winterthur anlässlich der Angriffe auf Rojava

(red) Mit dem neuen Jahr steht das WEF in Davos wieder vor der Tür. Unter dem Motto «Zusammenarbeit in einer zersplitterten Welt» soll es mehr als 2500 Führungskräfte aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Januar 2023 in Davos zusammenbringen. Fortschritte für eine nachhaltige Entwicklung sollen dort entwickelt werden. Wir wissen, dass diesen grossspurigen Worten darüber, dass die aktuellen 20er-Jahre kein Jahrzehnt der «Unsicherheit und Fragilität» werden, wie die WEF-Strateg_innen sagen, keine Taten folgen werden. Im konkurrenzgetriebenen Krisenkapitalismus sind die Partikularinteressen der Kapitalfraktionen stärker als das Gesamtinteresse an globalen Lösungen. Die zahllosen globalen und lokalen Krisen zeigen dies schon heute deutlich auf.

Die Unsicherheit, was die Zukunft bringen wird, hat bei dem Teil der Menschen, der nicht nach Davos reisen darf, bereits grossräumig Einzug gehalten. Von diesem Klima haben kürzlich etwa in Schweden die einst von Nazis mitbegründeten Schwedendemokraten und in Italien die Fratelli d`Italia, eine Nachfolgerin der neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (M.S.I.) profitiert.

Solche Entwicklungen stimmen nicht positiv, zumal die imperialistischen Kräfte sehr wohl zusammenarbeiten, wenn es um die Konterrevolution geht. So greift die Türkei, ohne Konsequenzen zu befürchten, Rojava an und kann Finnland und Schweden unter Druck setzen, die kurdische Arbeiterpartei (PKK) und die kurdisch-syrische Partei der demokratischen Union (YPD) auf die Terrorliste zu setzen.

Um diesen Entwicklungen fortschrittliche Projekte entgegenzustellen, sind wir alle gefragt. Dort wo wir uns bewegen, können wir gemeinsam diese Arbeit angehen: Eine Gelegenheit dazu bietet sich beispielsweise an den Veranstaltungen am «Winterquartier 2023 gegen das WEF». In diesem Sinne: Auf zu einem kämpferischen 2023!

Für neue Leserinnen und Leser:
Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.
Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.
Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen.
Schreib uns!

KRIEG

Bombenstimmung

In Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wird in den letzten Wochen ausgiebig über Atomwaffen und ihren möglichen Einsatz berichtet. Wir beleuchten die nukleare Strategie der USA, ihre praktische Weiterentwicklung und Einbindung in die NATO.

Eskalation vorerst abgewendet: Treffen der NATO-Staaten in Bali nach Absturz einer ukrainischen Rakete im NATO-Staat Polen.

(gpw) 100 Sekunden vor Mitternacht. Das Bulletin of the Atomic Scientists beschreibt damit seit 2020 bildlich, wie nahe die Welt vor einem menschgemachten Untergang - also Mitternacht - steht. Heute dürfte der sozialistische Einschlag des Bulletins weitgehend ausgemerzt sein, zu dessen Gründer_innen 1945 der Sozialist Albert Einstein sowie andere Forscher_innen gehörten, welche von der anti-kommunistischen Hetzjagd in den USA in denselben Jahren ins Visier genommen wurden. Dennoch ist die Einschätzung weder von der Hand zu weisen noch uninteressant, da es offenlegt, dass Teile der Bourgeoisie sich angesichts düsterer globaler Zukunftsaussichten authentisch und gut begründet Sorgen machen. So nahe an Mitternacht stand der Zeiger nicht einmal bei der Kubakrise 1962. Für den US-Imperialismus war damals die Stationierung von Atomwaffen auf Kuba durch die Sowjetunion eine Kriegserklärung und Rechtfertigung für einen möglichen nuklearen Erstschlag gegen Moskau. Mit der Eingliederung der Ukraine in die NATO wäre Moskau gerade mal noch 550 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. Eine durchaus vergleichbare Situation.

Ein wesentlicher Punkt der Besorgnis, den wir mit den Forscher_innen des Bulletins teilen, bezieht sich auf die offensive Strategie der US-Regierung, welche im Oktober 2022 präzisiert wurde. Anfang Oktober verabschiedete US-Präsident Biden die «National Security Strategy», welche von einem kommenden Jahrzehnt der Entscheidung spricht, in der es darum geht, wie die USA ihre globale Vormachtstellung halten kann. Denn «die Vereinigten Staaten sind nicht willens, ihre weltweite Führungsrolle aufzugeben,» so doppelte Biden gemäss NZZ an der G20-Konferenz in Bali nach. Der Hauptfeind dabei: Die Volksrepublik China, welche als einziges Land sowohl mit dem Willen wie auch mit der Möglichkeit zur Neugestaltung der internationalen Ordnung ausgestattet sei. Danach folgt an zweiter Stelle Russland (eine «Quelle der Instabilität», jedoch ohne die Möglichkeiten Chinas), bevor an dritter Stelle der Iran, Nordkorea und nicht-staatliche Akteure als Bedrohungen des gegenwärtigen Ungleichgewichts folgen.

Erstschlag vorbehalten

Ende Oktober veröffentlicht das US-Verteidigungsministerium ihre «National Defense Strategy», in welcher das «Nuclear Posture Review» (NPR) enthalten ist. Basierend auf der Sicherheitsstrategie beschreibt die Verteidigungsstrategie in breiten Zügen die daraus abgeleiteten militärstrategischen Prioritäten und Mittel und Wege zwecks Sicherung derselben. Darin als Mittel enthalten: Die Atomwaffen. Wobei Überlegungen bezüglich deren Weiterentwicklung und Einsatz im NPR beschrieben werden. Im Gegensatz zu Andeutungen, die Biden noch im Wahlkampf machte, repräsentiert seine NPR eine Fortsetzung der Linie, welche zuvor von den damaligen US-Präsidenten Obama und Trump angelegt wurde. Entgegen der durch Biden genährten Hoffnung, dass die USA in diesem Dokument erstmals den Verzicht auf einen atomaren Erstschlag festhalten würde, behält sich die Regierung weiter vor, Atomwaffen «unter extremen Bedingungen zur Verteidigung der vitalen Interessen der USA und ihrer Alliierten» einzusetzen. Damit bleiben China und Indien die einzigen Atommächte, die explizit auf einen Erstschlag verzichten (der Verzicht der Sowjetunion auf den atomaren Erstschlag wurde 1993 durch Russland aufgekündigt).

Wo ein Wille ist, braucht es Wege, und Übung macht den Meister. Darum hielt die NATO («so lange wie es Atomwaffen gibt, bleibt die NATO eine nukleare Allianz,» wie es im überarbeiteten strategischen Konzept der NATO aus dem Juni 2022 heisst) parallel zu den Veröffentlichungen der US-Regierung im Oktober eine zweiwöchige Übung namens «Steadfast Noon» ab. Die Übung findet jährlich rotierend in den europäischen Mitgliedsstaaten der NATO statt, in denen im Rahmen der nuklearen Teilhabe US-Atomwaffen stationiert sind. Die Luftwaffen Belgiens, Deutschlands, Italiens, der Türkei und der Niederlande üben für den Fall der Fälle den Abwurf von US-Bomben mittels heimischen Fliegern (dies im Gegensatz zu den anderen NATO-Atomkräften Frankreich und Grossbritannien, welche nicht auf diese Teilhabe angewiesen sind). Wohlgemerkt: «Die Übung steht in keinem Zusammenhang mit aktuellen Weltereignissen,» schreibt die NATO.

Atombömbchen

Kurz vor der «Steadfast Noon»-Übung wurde bekannt, dass die 100 in Europa stationierten US-Atombomben schneller als geplant durch modernisierte Bomben ersetzt werden sollen. Gemäss Pentagon-Sprecher habe dies nichts mit dem Krieg in der Ukraine zu tun, und überhaupt gäbe es keine Beschleunigung im Beschaffungsprozess. Dem Statement widerspricht nicht nur der gesunde Menschenverstand deutlich, sondern auch, dass die vorgezogene Einführung des neuen Atomwaffentyps B61-12 begleitet wurde von vertraulichen Treffen und Depeschen der NATO. Die Brisanz liegt darin, dass die B61-12 Weiterentwicklungen sogenannter nicht-strategischer Atombomben sind, welche eine kleinere Sprengladung durch eine genauere Steuerung wettmachen und eine geringere Reichweite als strategische Bomben haben. Durch die Zunahme an Präzision erhoffen sich die Atommächte, welche an entsprechenden Möglichkeiten arbeiten, eine Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten von Atombomben, weil ein differenzierteres Repertoire an Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung steht. Anders gesagt: Es muss nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden, eine B61-12 tut es auch. Dass aber die Entwicklung neuartiger Waffen mit neuartigen Einsatzmöglichkeiten nicht etwa zur nuklearen Deeskalation beiträgt, sondern weit mehr die Eskalationsmöglichkeiten markant erhöht, das will nicht in die Köpfe der Kriegstreiber.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Zürich: Handelskammer Schweiz-Iran markiert

In der Nacht auf den 22.11.2022 haben wir der schweizerisch-iranischen Handelskammer an der Oberen Waidstrasse in Zürich einen Besuch abgestattet. Wer dem Schweizer Kapital hilft im Iran Fuss zu fassen ist Kollaborateur_in des iranischen Regimes. Gut sichtbar prangt nun auf der gegenüberliegenden Strassenseite die Mahnung: «CH-Kapital raus aus dem Iran!», am Haus selber hingegen grüssten wir unsere kämpfenden Genoss_innen im Iran mit «Jin – Jiyan – Azadi». Diese Aktion steht im Zeichen des 25. November – dem internationalen Kampftag gegen Gewalt an Frauen und queeren Personen.
Wie in Rojava, Argentinien oder Polen sind es auch im Iran die Frauen, deren Kampf für Freiheit die vorderste Front des Widerstandes bildet. Seit der Ermordung von Masha Amini durch die iranische Sittenpolizei im September weiten sich die Proteste aus und ergreifen den ganzen Iran. Den kurdischen Frauen schlossen sich schnell andere ethnische Minderheiten, Arbeiter_innen, Schüler_innen und Student_innen an. Sie fordern das Ende des Mullah- Regimes und der patriarchaler Gewalt und Unterdrückung. Neben dem Kampf für die Gleichberechtigung der Geschlechter und Völker werden auch ökonomische Forderugen laut. Die verbreitete Parole «Brot, Arbeit, Freiheit» drückt diesen klassenkämpferischen Charakter der Proteste aus. Neben Demonstrationen gab es auch einen Generalstreik der Lehrer_innen und in der Ölindustrie sowie Student_innenstreiks. Trotz der massiven Gewalt seitens des Iranischen Staates – offiziell gibt es bis jetzt knapp 400 Tote auf der Strasse und im Gericht wurden die ersten Todesurteile gesprochen - lässt sich die kämpfende Bevölkerung nicht einschüchtern.
Die konterrevolutionären Aggressionen des Regimes reichen in die gesamte Region – in Başur (dem zum Irak gehörenden Teil Kurdistans) wurden wiederholt Komala Dörfer bombardiert. Dies sind Stützpunkte und zivile Zentren der iranischen kommunistischen Partei Komala.
Dass sich die Repression des iranischen Staates auf die gesamte Region ausweitet ist kein Zufall. Mit «Jin, Jiyan, Azadi / Frauen, Leben, Freiheit» beziehen sich die Protestierenden aktiv auf die Revolution Rojavas und den kurdischen Befreiungskampf. In dieser Verbindung der Kämpfe zeigt sich, dass die Rojavarevolution nie nur für die Kurd_innen war, sondern ihr Projekt der Selbstorganisierung ein Lösungsvorschlag bietet für die gesamte Region, die von Kolonialismus und imperialistischen Kriegen zerstört wurde. Es sind die imperialistischen Machtinteressen mithilfe ihrer lokalen Schergen, welche eine eine friedliche Koexistenz der Völker in der Region verhindern um dafür den Zugang zu billigen Ressouren und die Ausbeutung von Mensch und Natur sicher zu stellen. Wir sollten uns nicht davon täuschen lassen, wenn sich westliche Staaten gegenüber dem iranischen Regime gerne Gleichheit und Freiheit auf die Fahnen schreiben. Dies hat zuallererst damit zu tun, dass sich der Iran in den russischen Machtblock im Wettstreit um die Vormacht im Nahen Osten einreiht und somit Feind des Westens ist. Solange die Geschäfte entsprechend der westlichen Interessen laufen, stellt die Zusammenarbeit mit Dikatoren und Faschisten kein Problem dar, wie sich am Beispiel Erdogans unschwer erkennen lässt. Sowieso sieht es hinter dem Medienrummel rund um offizielle Verlautbarunngen nochmals etwas komplizierter aus, denn die Kapitalisten suchen immer ihre Wege für ein lukratives Geschäft.
Offizielles Geplapper hin oder her: Am Ende des Tages sind für sie Profite wichtiger als Menschen. So ist es nicht verwunderlich dass auch in der Schweiz diese Akteure zu finden sind, bestes Symbol dafür ist die Handelskammer. Dessen Gründer und Präsident, der pensionierte Top-Diplomat Philippe Welti, hat sich zwar wohlfeil auf die Seite der revoltierenden Iraner_innen gestellt, rühmt sich gleichzeitig aber vertrauensvoller Kontakte in die iranischen Regierungs- und Chefen-Etagen. [...]

Vollständige Erklärung auf: https://barrikade.info/article/5485

FIFA

Fussball im Kapitalismus – wessen Spiel wird hier gespielt?

In Katar läuft die Fussballweltmeisterschaft der Männer. Wir haben uns deshalb einige grundsätzlichere Gedanken zum Fussball in diesem System gemacht und uns gefragt, wessen Spiel da eigentlich gespielt wird.

«Mord, Sklaverei und Unterdrückung. Doch eure Ordnung ist auf Sand gebaut! Fussballfans vereinigt euch! Holen wir uns den Sport zurück!» (Nordkurve MSV Duisburg, 12.11.2022)

(agkkz) Fussball ist ein globales Phänomen – überall auf der Welt wird das Spiel gerade von Menschen der unteren Klassen gespielt. Wie kein anderer Sport mobilisiert er die Massen. Millionen von Menschen strömen Wochenende für Wochenende in die Stadien dieser Welt. Der Fussball kann uns die Erfahrung von Zusammenhalt und Gemeinschaft bieten. Dinge, die der Kapitalismus uns verwehrt. Sport bietet uns die Möglichkeit, die oft bedrückenden Lebensverhältnisse im Kapitalismus für eine Weile hinter uns zu lassen. Sport unterstreicht einen sinnlichen, körperlichen Ausdruck und eine Kollektivität, die ansonsten wegen Fragmentierung und Atomisierung in der kapitalistischen Gesellschaft nicht vorhanden sind. Diese kollektiven Momente brachten mit den Ultras eine anhaltende Massenbewegung hervor, die das Erlebnis Fussball massgeblich prägen. Es geschehen Prozesse der Selbstorganisierung, der Selbstbestimmung und der Opposition gegen die Herrschenden, z.B. gegen Vereinsbosse, Sponsoren oder staatliche Reppressionsorgane. Fussball ist politisch und er brachte auch immer wieder Figuren hervor, welche die Liebe und den Respekt der Massen nicht nur durch sportliche Leistungen, sondern auch durch ihr politisches Handeln und Wirken errangen. Fussballer_innen, die ihre soziale Herkunft nie vergassen.

Doch der Fussball hat ein umkämpftes und widersprüchliches Wesen. Auch für reaktionäre Tendenzen bietet er Nährboden oder Anknüpfungspunkte. Schon früh versuchten die Herrschenden, den Fussball für ihre Interessen zu nutzen, und der Kapitalismus unterwarf ihn mehr und mehr seinen Zwängen und Gesetzmässigkeiten. Wie alles in diesem System wird auch der Sport zu einer Ware gemacht, aus der hohe Profite generiert werden. So verkam auch der Fussball mit der Zeit zu einer milliardenschweren Industrie. Heute zählen in der offiziellen Welt des Fussballs – im Gegensaz zur Welt der Fans - einzig die kalten Werte des Geldes. Teams, Athlet_innen und Fans werden als Produkte betrachtet, mit denen man handeln und in welche man investieren kann.

Kommerz und Nationalismus

«Du und dein Boss haben nichts gemeinsam bis auf das Deutschlandtrikot»[1]

Grosse Sportanlässe generieren aber nicht nur Profit, sie können auch gesellschaftliche Widerspruchslinien verwischen. Gerade internationale Wettbewerbe eignen sich gut dazu, Klassenwidersprüche durch ein trügerisches Gefühl von «Gemeinschaft» zu ersetzen und zur Stärkung von Nationalismus zu nutzen. Das Einschwören auf eine Seite erweckt die Illusion, dass geteilter Heimatstolz oder Patriotismus gemeinsame Interessen herstellen könnten. Der Feind stehe nicht oben, sondern in den Fanrängen des anderen Teams. So werden Rivalitäten geschaffen und Spaltungen unter Lohnabhängigen gefördert, um uns von unseren miesen Arbeits- und Lebensverhältnissen und unseren tatsächlichen, gemeinsamen Interessen abzulenken und so einfacher auszubeuten.

Im grossen Stil kamen nationale Sportereignisse und internationale Wettkämpfe gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts und im Vorfeld des ersten imperialistischen Krieges auf. In der Zwischenkriegszeit entdeckten dann die faschistischen Diktatoren Sportgrossveranstaltungen als nützliche Propagandamittel. Schon die zweite Fussballweltmeisterschaft im faschistischen Italien wurde von Mussolini zur Selbstinszenierung missbraucht und der Fussball in den Dienst von Rassismus und Nationalismus gestellt. Daran knüpfte der deutsche Nationalsozialismus kurz darauf mit der Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele von 1936 an.

Imperialismus

«Mohun Bagan ist keine Fussballmannschaft. Es ist ein unterdrücktes Land, das im Staub liegt und gerade seinen Kopf zu heben beginnt»[2]

Sport wurde in der Vergangenheit auch gerne missbraucht, um imperialistische Bindungen mit kolonisierten Ländern zu vertiefen. Die sogenannten Commonwealth Games beispielsweise finden sogar noch heute alle vier Jahre statt. Britische Imperialisten nutzten Fussball oder Cricket, um Angehörige der mittleren Klassen für die Ideen des Empires zu gewinnen. Generäle nutzten Sport, um stärkere und bessere Soldaten auszubilden oder als Rekrutierungsmethode. Er diente aber auch dazu, Herrschaft durchzusetzen: Das Spielen nach den Regeln der Imperialisten war eine weitere Möglichkeit, die unterdrückte Bevölkerung zu kontrollieren und die angebliche Überlegenheit des weissen Mannes zu demonstrieren. Doch schon damals scheiterten die Mächtigen daran, den Fussball unter ihrer absoluten Kontrolle zu halten und für ihre ausschliesslichen Interessen zu nutzen.

So verkündete eine indische Tageszeitung 1911, nach dem Sieg der indischen Mannschaft Mohun Bagan über eine aus britischen Kolonialisten bestehende Auswahl: «Es erfüllt jeden Inder mit Freude und Stolz, dass reisfressende, von Malaria geplagte, barfüssige Bengalen den rindfleischfressenden, herkulischen John Bull in seinem sonderbaren englischen Sport geschlagen haben.» Den Kolonialherren wurde eine empfindliche symbolische Niederlage zugefügt – nicht nur in ihrem Spiel sondern auch in ihrer exklusiven Landesmeisterschaft, bei der die Unterdrückten normalerweise eigentlich gar nicht mitspielen durften.

Aber nicht nur im damaligen Indien fand das Aufbegehren unterdrückter Völker seinen Ausdruck über den Fussball. Fast 50 Jahre später, während des Kampfes des algerischen Volkes gegen die französischen Kolonialherren, repräsentierte die sogenannte «Befreiungself» den Kampf um Befreiung im Auftrag der Nationalen Befreiungsfront FLN auf dem Fussballplatz.

Ein mörderisches Spiel

«15.000 Tote für 5.760 Spielminuten – Schämt euch!»[3]

Korrupte Fifa-Funktionäre und eine gekaufte WM-Vergabe: Alles nichts Neues, das Korruptionsproblem der Fifa ist schon alt. Richtig hohe Wellen werfen aber die mörderischen Arbeitsbedingungen in der Katar-Monarchie – obwohl diese auch in anderen WM-Austragungsländern katastrophal waren. Hunderttausende migrantische Arbeitskräfte haben seit 2010 die WM-Infrastruktur aus dem Wüstenboden gestampft. Sie kommen vor allem aus südasiatischen und afrikanischen Ländern. Sehr viele kehren nicht lebend dorthin zurück. Menschenrechtsorganisationen sprechen von Abertausenden von Todesfällen, die meisten ungeklärt. Hinzu kommen andere unsägliche Zustände Katars: Frauen stehen in allerlei Hinsicht unter männlicher Vormundschaft und Homosexualität ist strafbar.

Diese WM ein monumentales Zeugnis eines ganz und gar zerstörerischen Systems. Sämtliche Krisen der Gegenwart kommen hier im Kleinen zugespitzt zusammen.

Da werden in einem autoritär regierten Land, dem die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von fossilen Rohstoffen fantastischen Reichtum beschert hat, über 200 Milliarden Petrodollars in die teuerste Fussball-WM aller Zeiten gesteckt. Und während im Zuge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine Heiz- und Energiekosten in die Höhe schiessen und Millionen Menschen mit Bange den kalten Witernmonaten entgegensehen, müssen in Katar die nagelneuen Prunkstadien auf erträgliche Temperaturen herunter gekühlt werden. Gebaut wurden sie von entrechteten Arbeitskräften, die teils sogar noch um den niedrigen Lohn geprellt wurden, währenddessen der englische Exfussballer David Beckham als WM-Botschafter 150 Mio Pfund erhalten soll. Die globale Ungleichheit widerspiegelt sich in Katar in bizarrem Ausmass.

Das ganze Desaster der immensen Klimaschädigung durch den Bau der Stadien, Hotels, Autobahnen, von ganzen Stadtvierteln, eines Flughafens, sowie der enorme Energieverbrauch lässt sich kaum ermessen. Das Turnier soll mehr CO2 verursachen als Länder wie der Kongo oder Haiti in einem ganzen Jahr. Southpole, eine Klimaberatungsfirma aus Zürich, rechnet mit rund 3,6 Megatonnen CO2-Äquivalent. Das entspricht etwa den Emissionen, die eine Viertelmillion Menschen in der Schweiz durchschnittlich pro Jahr ausstossen. Im Vergleich zur WM in Russland 2018 sind dies 60% mehr. Und in diesen Zahlen ist der Unterhalt der Megahallen nach den Spielen noch gar nicht enthalten.

All dies geschieht an einem Ort, der gemäss Klimaforscher_innen ab 2070 für Menschen kaum noch bewohnbar sein wird. Katar erwärmt sich schneller als fast jeder andere Ort auf der Erde, es liegt in der heissesten und trockensten Ecke der Welt. Das Emirat hat keine Seen, Flüsse oder Sümpfe, die für Kühlung sorgen könnten. Gleichzeitig ist Katar der weltweit grösste Exporteur von Flüssiggas. Ein Staat also, gebaut auf und mit fossilen Brennstoffen. Aber die Hauptverantwortlichen, die grossen Eigentümer dieser Welt, sitzen hier bei uns, im Herzen Europas. Sie machen Katar durch ihren unstillbaren Hunger nach Öl und Gas zum superreichen Staat, der sich alles leisten kann.

Mit dabei bei diesem mörderischen Treiben ist natürlich auch die Credit Suisse. Derzeit hält ein katarischer Staatsfonds 5% der Aktien der Grossbank, die gerade einen kräftigen Ausbau in Katars Hauptstadt Doha plant – und dafür eng mit einem Förderfonds zusammenarbeitet, in dem das Königshaus das Sagen hat.

Was tun?

«Fussballfans vereinigt euch! Holen wir uns den Sport zurück!»[4]

Seit Jahren gibt es deshalb Aufrufe, das Turnier zu boykottieren. Mehrere Städte haben bereits ein Public Viewing untersagt, selbst im Weltmeisterland Frankreich, darunter Paris. In vielen Hamburger Beizen heisst es: Kein Katar in meiner Kneipe! In der Schweiz hat zuerst Vevey einen offiziellen Boykott ausgesprochen, dann folgten weitere grössere Städte in der Romandie. In Zürich hat der Gemeinderat aufgrund eines AL-Postulats sich für ein public viewing Verbot auf öffentlichem Grund ausgesprochen. Andere Stimmen meinen, dass in manchen Boykottaufrufen ein unterschwelliger anti-arabischer Rassismus mitschwinge, und überhaupt: wer jetzt die WM in Katar boykottiere, müsste sich vom gesamten Fussballbusiness in seiner heutigen Form lossagen. Für uns geht es aber nicht bloss um die Form, sondern um den ganzen Inhalt und die Wurzeln eines ganz und gar maroden mörderischen Systems. Und auch wenn die Sache mit dem Boykott tatsächlich widersprüchlich ist – nix tun kommt nicht in Frage. Bekanntlich befindet sich der Hauptsitz der Fifa in Zürich. Es wäre mehr als schändlich, wenn in unserer Stadt nichts passieren würde. Es gilt, deutliche Zeichen zu setzen.

[1] KIZ. Boom Boom Boom. In: Hurra die Welt geht unter. 2015.

[2] Achintya Kumar Sengupta. In: Kallol Jug Bengali Magazine. 1911.

[3] Gemeinsame Choreo der Ostkurve Herta BSC & Südkurve München. Bundesligaspieltag 5.11.2022.

[4] Choreo der Nordkurve MSV Duisburg. Bundesligaspieltag 12.11.2022.

Im Bild

1936, anfangs des spanischen Bürgerkriegs, exekutierte die revolutionäre POUM die Statue «Herz Jesu» in Cerro de los Angeles. Eine symbolische Handlung, doch ausdrucksstark und klar. Eine Kriegserklärung an die katholische Kirche, die sich gegen die Republik mitverschworen hatte. Das propagandistisch in Szene gesetzte Bild ist seltener auf linken Blogs anzutreffen als auf rechten, diese verwenden es gerne als Beleg für «Wertelosigkeit und Brutalität» der Revolutionär_innen. Eine offensichtliche Dramatisierung angesichts dessen, dass eine Statue ein unbelebter Gegenstand ist. Doch dank Black lives Matter wissen wir heute besser denn je, dass die Aktion die Munition wert war. Statuen sind Ausdruck tatsächlicher Machtverhältnisse. Und die POUM wusste durchaus, was sie tat.

INTERNATIONALE FRAUEN-KONFERENZ

«Die Strassen sind unsere Schulen für den Kampf»

Anfang November fand in Berlin unter der Parole «Unsere Revolution: Das Leben befreien» die zweite Internationale Frauen-Konferenz statt. Die Stossrichtung war klar und ambitioniert: Um die Frauenkämpfe, die bereits jetzt die vorderste Front des weltweiten Kampfes gegen den Kapitalismus bilden, zu stärken, braucht es eine gemeinsame, internationale Strategie und Vernetzung.

Auf dem Podium und im Publikum: internationalistisch kämpfende Frauen.

(agf) Es ist Samstag, morgens um 9 Uhr. Berlin ist grau, die technische Universität ebenso, wären da nicht die Frauen und FLINTA-Personen, die aus allen Richtungen ankommen. Organisiert wurde die Konferenz von der kurdischen Frauenbewegung, vom Network Women Weaving the Future. Gekommen sind rund 700 Frauen und FLINTA-Personen aus 50 verschiedenen Ländern. Im grossen Saal neben dem Podium prangen die Bilder von Nagihan Akarsel (am 4.Oktober erschossen vom türkischen Geheimdienst im Irak) und Jina Mahsa Amini (ermordert von der iranischen Sittenpolizei am 16.September). Eine der ersten Rednerinnen ist Mariam Rawi von RAWA Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistan (siehe Aufbau Nr.109). Wir werden gebeten, nicht zu filmen und fotografieren, es wäre zu gefährlich für sie. Und dann betritt sie die Bühne und berichtet wütend über Imperialismus, religiösen Fundamentalismus und über den Mut der Frauen, ihre Arbeit im Untergrund vorzusetzen. Ähnlich beeindruckend ist eine Videobotschaft einer Vertreterin der iran-kurdischen Guerilla: «Der Funke, der durch Aminis Tod entfacht wurde, hat ganz Iran entzündet und soll nun in die ganze Welt getragen werden!» Sofort entsteht eine Stimmung, die sich durch die Konferenz ziehen wird: Aktuell kämpfen so viele Frauen weltweit, trotz der brutalen Angriffen der Herrschenden. Kraftvoll drückt sich dies auch in den Worten von Lolita Chavez, Maya-Aktivistin, aus: «Sie haben Angst vor uns, weil wir keine Angst mehr haben». Und Jules Falquet, eine französische Philosophin, ergänzt: «Wenn wir im Zentrum der Gewalt stehen, dann ist es nicht, weil wir arme Opfer sind, sondern weil wir eine zentrale Rolle spielen in der Familie, in der Gesellschaft, im Kapitalismus.» In unzähligen Reden wird betont, dass die Spaltung eine der wichtigsten Waffen der patriarchalen Herrschaft ist und wir ihr entschlossen entgegentreten müssen. Es brauche immer wieder sehr viel Kraft und Durchhaltewillen, die Widersprüche und Differenzen in den eigenen Reihen zu diskutieren und auszuhalten. «Die Differenzen diskutieren wir an den Treffen, aber auf der Strasse sind wir zusammen!» so eine Aktivistin aus Istanbul. Das Beste gegen Spaltung sei die Solidarität unter den Kämpfenden, diese muss gestärkt werden und dazu gibt es nur eines: «Organisieren, organisieren und organisieren!» ruft die philippinische Aktivistin.

«Die Guerilleras sind unsere Genossinnen»

Auch Aktivistinnen aus Abya Yala (vorkolonialer Name für Südamerika) sind zahlreich angereist, unter anderen Vertreterinnen der Bewegung Ni una menos. Im Workshop und in den Reden unterstreichen sie, wie wichtig die Strasse ist: «Alle Erfolge haben wir auf der Strasse gewonnen, seien es das Recht auf Abtreibung, Rechte für trans Personen oder Arbeitsrechte». Gleichzeitig habe die Bewegung nach zwei Jahren gemerkt, dass es neben Demonstrationen direktere Druckmittel braucht. So entstand 2016 die Idee des Frauenstreikes, woraus der erste internationale Frauenstreik am 8.März 2017 hervorging. Eine Idee, die bis heute weltweit von den feministischen Bewegungen aufgenommen wird und am 14. Juni 2023 auch in der Schweiz wieder gross wird. Mit dem Streik als Kampfform wird der Fokus auf Arbeit –bezahlt oder nicht –, die Ausbeutung und Aneignung der Mehrarbeit durch die Herrschenden gelegt. So kann ein klassenkämpferischer Frauenkampf gestärkt und die Frage gestellt werden, wie die gesellschaftlich notwendige Arbeit der Klassenherrschaft entrissen und kollektiviert werden kann. Das mitgebrachte Transparent mit dem Slogan «Die Guerilleras sind unsere Genossinnen» zeige die Verbundenheit zur Guerilla gegen die Militärdiktatur Argentiniens, sowie zur Guerilla in den Bergen Kurdistans. Das Verhältnis zum bewaffneten Kampf wird auch von einer türkischen Genossin im Interview thematisiert: «Strategisch gesehen gibt es zwei Ebene der Organisierung, wo die kurdischen und türkischen Frauen zusammenarbeiten: eine zivile und eine bewaffnete; beide sind unerlässlich. Hier in Berlin finde ich es wichtig, dass wir die Kämpfe auf der Strasse vereinen und dass wir eine weltweite gemeinsame Strategie entwickeln. Wir wissen, dass es eine Konferenz der kurdischen Frauen ist, aber sie bieten allen sozialistischen Frauen an, diese Plattform zu nutzen, um gemeinsam zu agieren und zu diskutieren.»

Jahrhundert der Frauenkämpfe?

«Dies ist das Jahrhundert der Frauenkämpfe» ist eine Aussage, die oft fällt. Diese Konferenz zeigt, dass daran was Wahres sein muss. Jede Rednerin bestätigt es, egal welches Land, egal welche Kämpfe: Die Frauen sind an vorderster Front. Im Sudan, wo eine Massenbewegung 2018 den Diktator Umar al-Baschir wegfegte, seien 70% der Protestierenden Frauen gewesen. Die Kämpfe um Rückeroberung der indigenen Territorien in Abya Yala werden oft von Frauen angeführt und dann all die bekannteren Beispiele: Rojava, Iran, Polen, Argentinien, Chile, länderübergreifende Bewegungen gegen Feminizide, für Abtreibung und gegen sexistische und sexualisierte Gewalt (meToo). Es gibt in den letzten Jahren definitiv mehr Frauenkämpfe, diese Feststellung ist einfach. Doch die Frage, warum dem so sei, ist schwieriger zu beantworten. «Der Frauenkampf ist ein Kampf, der alle anderen Kämpfe umarmt» erklärt eine kurdische Rednerin. Die indische, kommunistische Rednerin antwortet uns folgendes: «Schon Lenin hatte gesagt, dass ein idealer Kommunist kein Gewerkschaftssekretär sei, sondern ein `Volkstribun`, der auf jede Unterdrückung reagiert, sei sie noch so klein, und dies als Gelegenheit nutzt, um den Leuten zu zeigen, wie die gesamte Struktur des Kapitalismus aussieht. Ich sehe es so, dass der Frauenkampf Teil des Klassenkampfes ist. Denn Klassenkampf findet nicht nur in der Fabrik statt, er findet nicht nur am Arbeitsplatz statt. Die Fabrik ist der Ort, an dem die Arbeitskraft ausgebeutet wird und wo die Arbeitskraft Waren schafft. Aber wo wird Arbeitskraft geschaffen? Sie wird zu Hause, in der Schule, in der Gesellschaft geschaffen. Der Klassenkampf kann also in der Fabrik stattfinden, wo Güter geschaffen werden, aber er kann auch dort stattfinden, wo die Arbeitskraft geschaffen wird. Alle Arten von Kämpfen, die in den gesellschaftlichen Reproduktionsräumen stattfinden, sind meiner Meinung nach auch Klassenkämpfe.»

ÖKOLOGIE

Klimakrise – Sozialismus oder Tod

Die Philippinen sind besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen. Dort existiert bereits seit langer Zeit eine Umweltbewegung, die die Fragen der Ökologie mit den ökonomischen und sozialen Fragen verbindet.

(agkkz/agj) Mit einer Genossin der International League of Peoples' Struggle (ILPS) führten wir ein längeres Interview, welches wir hier gekürzt wiedergeben. Die ILPS wurde 2001 in den Niederlanden gegründet und hat enge Verbindungen zur Kommunistischen Partei der Philippinen CPP. Es ist eine internationale, antiimperialistische und demokratische Struktur mit einer Kommission für Umwelt- und Klimagerechtigkeit.

Welches sind die grössten Umweltprobleme auf den Philippinen?

ILPS: Multinationale Konzerne und vom Ausland unterstützte einheimische Unternehmen kontrollieren grosse Teile des philippinischen Territoriums und unterwerfen die lokalen Ökosysteme durch die übermässige Gewinnung von Rohstoffen ihrem raubgierigen Profitstreben. Dies führt zur Zerstörung von Lebensräumen, zur Ausbeutung von Arten und zu immenser Umweltverschmutzung. Darüber hinaus haben die grenzüberschreitenden Auswirkungen der globalen Erwärmung immense Folgen für die Natur und die Gesellschaft des Landes.

Welche Erfahrungen haben dich persönlich dazu veranlasst, gegen die Umweltzerstörung zu kämpfen?

Es begann, als ich an der Universität studierte und mich einer Jugendorganisation anschloss. Wir haben uns mit Bauern und indigenen Völkern zusammengetan. Damals habe ich die Tiefe und Breite der Probleme der philippinischen Gesellschaft wirklich verstanden. Zu sehen, wie hart sie arbeiten, um Nahrungsmittel zu produzieren und ihre Familien zu versorgen, und wie direkt sich umweltzerstörende Projekte auswirken, sowie ihre unermüdliche Arbeit, ihre Gemeinschaften zu organisieren, war der Wendepunkt meiner Bestrebungen.

Was sind eure Praxis und Formen des ökologischen Kampfes?

Auf den Philippinen gibt es seit Jahrhunderten Kämpfe der lokalen Gemeinschaften zur Verteidigung ihres Landes und ihrer natürlichen Ressourcen. Als kolonisiertes Land haben wir revolutionäre Bewegungen gebildet, um unsere Kolonisatoren zu stürzen und die Kontrolle über unsere natürlichen Ressourcen zurückzuerlangen.

In der jüngeren Geschichte haben indigene Völker Kämpfe gegen Grossstaudämme und Bergbau angestrebt und gewonnen. In der Kordilleren-Region haben indigene Igorot-Führer verschiedene Stämme gegen den Bau des Chico-Damms während der faschistischen Herrschaft von Ferdinand Marcos senior, dem Vater unseres derzeitigen Präsidenten, vereint. Indigene Frauen standen an vorderster Front bei den Auseinandersetzungen mit den Militärs. Es wurden auch Barrikaden errichtet, um den Transport der Ausrüstung der Unternehmen zu verhindern.

In Mindanao gründeten die Lumad-Indigenen Gemeinschaftsschulen, um ihr indigenes Wissen über Umweltschutz weiterzugeben. Während der intensiven Militarisierung ihrer Gemeinden als Vergeltungsmassnahme der Regierung und der Unternehmen bildeten sie eine Protestkarawane namens Lakbayan; nicht um der sich verschlechternden Sicherheitslage zu entkommen, sondern um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen und die Solidarität der Bevölkerung zu gewinnen. Dieser historische Marsch von Tausenden von Menschen erregte grosse Aufmerksamkeit.

Welche Teile der philippinischen Gesellschaft nehmen bei der Verteidigung der Natur eine Vorreiterrolle ein?

Volksorganisationen und Graswurzelbewegungen mit einer grossen Beteiligung der Jugend, der indigenen Bevölkerung, der Bauern und der Frauen spielen eine grosse Rolle beim Aufbau einer populären Umweltbewegung. Insbesondere die nationale demokratische Bewegung hat Umweltaktionen in den Rahmen der Ablehnung von Imperialismus, Feudalismus und bürokratischem Kapitalismus im weiteren Sinne gestellt. So wird das Problem an der Wurzel angepackt, und Themen, die scheinbar nichts mit Umweltfragen zu tun haben – zum Beispiel der Abriss armer städtischer Gemeinden – spielen eine wichtige Rolle im Kampf der Bevölkerung gegen die Umweltkrise.

ILPS-Philippinen-Mitglieder schliessen sich dem Manilakbayan 2014 für Nahrung und Frieden in Mindanao an.

Die Kommunistische Partei der Philippinen CPP und ihr bewaffneter Flügel, die New People's Army NPA, haben sich ebenfalls gegen die Umweltzerstörung ausgesprochen. Die NPA hat unter der Führung der CPP mehrere taktische Offensiven gestartet, um große Bergbauunternehmen auf dem Lande zu bestrafen und so die Kosten der Umweltzerstörung für diese Unternehmen zu erhöhen.

Wie ist die Situation von Umweltschützer_innen bezüglich Repression?

Auf den Philippinen sind diejenigen, die sich an vorderster Front für den Umweltschutz einsetzen, Schikanen, Drohungen und sogar Morden ausgesetzt. Unser Land ist seit fast einem Jahrzehnt das schlimmste Land in Asien, wenn es um die Ermordung von Land- und Umweltschützer_innen geht. Mindestens 186 Personen wurden unter der Regierung Duterte getötet, während mehr als 19'000 Menschen Opfer von Schikanen, Drohungen, Einschüchterung, Kriminalisierung, willkürlichen Verhaftungen und ähnlichem wurden. Projekte, die von Grossgrundbesitzern und der Kompradoren-Bourgeoisie vorangetrieben werden, treten die Rechte der lokalen Gemeinschaften direkt mit Füssen.

Welche Rolle spielt die ökologische Frage in der revolutionären Bewegung?

Die revolutionäre Bewegung auf den Philippinen hat im Laufe der Zeit erkannt, dass das Streben nach revolutionärem sozialen Wandel notwendigerweise mit ökologischer Achtsamkeit einhergehen muss.

Sie erkennen an, dass wir in der Lage sein müssen, die Systeme wirtschaftlicher, politischer und kultureller Unterwerfung zu überwinden, wenn wir die ökologische Krise unserer Zeit wirksam bekämpfen wollen. Ihrer Ansicht nach sind Umweltaktionen notwendigerweise mit anderen sozialen Aktionen verflochten. Diese Sichtweise hat sich in der Praxis bei mehreren Gelegenheiten manifestiert, bei denen die NPA Offensiven gegen Unternehmen gestartet hat, die aktiv Ökosysteme zerstören, wie etwa die bereits erwähnten großen Bergbauunternehmen. Letztendlich bleibt der Ausweg aus der Klimakatastrophe der Weg desrevolutionären Kampfes: Jede Bewegung, die sich ernsthaft mit der Klima- und Umweltkrise auseinandersetzen will, muss sich ernsthaft für eine Revolution zum Sozialismus einsetzen.

Wie sehen Sie die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur?

Eines der zentralen Probleme unserer gegenwärtigen Beziehung zur Natur ist die Frage des Zugangs – eines Zugangs, der weitgehend klassifiziert ist, in dem Sinne, dass der Mehrheit der Menschen von der herrschenden Klasse Beschränkungen auferlegt werden, wie genau wir mit der Natur umgehen. Zum Beispiel sind Kleinbauern auf den Philippinen gezwungen, in ihrem Umgang mit der Natur durch Grossgrundbesitzer und multinationale Konzerne fremdbestimmt zu werden, was sich in ihren Problemen in den Bereichen Landbesitz, Saatgutsouveränität und vielem mehr zeigt. Indigene Völker werden häufig als Folge der von der Kompradoren-Bourgeoisie vorangetriebenen «Entwicklung» von ihrem Land vertrieben. Das muss sich ändern. Unsere Begegnungen mit der Natur müssen endlich von diesem eingeschränkten Charakter befreit werden, der unseren Erfahrungen mit der natürlichen Welt so viele Fesseln auferlegt hat. Dies wird nur mit der endgültigen Abschaffung der Klassen auf dem Weg der sozialistischen Revolution möglich sein.

Wie sollen agrarökologische Prinzipien in der Agrarrevolution umgesetzt werden?

Die Agrarökologie sollte als notwendiger Teil der Entwicklung der landwirtschaftlichen Praxis gesehen werden, die mit jeder Form der landwirtschaftlichen Mechanisierung oder Modernisierung einhergeht. Bei der Agrarrevolution geht es um die Souveränität des Bodens und darum, dass die Bauernschaft den Boden zu ihren eigenen Bedingungen bewirtschaften kann und nicht zu Bedingungen, die einseitig vom Monopolkapital aufgezwungen werden. In den Guerillazonen hat die Öffnung des Raums der Bauernschaft ermöglicht, Praktiken zu verfolgen, die mehr im Einklang mit der Natur stehen, im Gegensatz zu den Praktiken, die auf der Hazienda (Grossgrundbesitz) oder in Monokulturen angewandt werden, wie z.B. Fruchtwechsel, Verwendung einheimischer Pflanzensorten und andere.

«Der Widerspruch zwischen Gesellschaft und Natur wird durch die Methode der Entwicklung der Produktivkräfte aufgelöst», schrieb Mao 1937. Was meinst du dazu?

Ich würde argumentieren, dass die «Entwicklung der Produktivkräfte» nicht unbedingt eine unkontrollierte und nicht nachhaltige Industrialisierung bedeuten muss – etwas, an das wir uns unter der imperialistischen Weltordnung gewöhnt haben oder sogar an den Wegen sehen, die einige sozialistische Länder in der Vergangenheit aus Mangel an Voraussicht eingeschlagen haben. Die Entwicklung der Produktivkräfte, die auch die Entwicklung der wissenschaftlichen Kenntnisse und des Verständnisses der Naturgesetze einschließt, sollte notwendigerweise zu einem tieferen Verständnis dafür führen, wie unsere Gesellschaft aus der Natur schöpft und letztlich von der fortgesetzten Reproduktion der natürlichen Bedingungen abhängt, die viele heute als selbstverständlich ansehen – mit einem Wort: Nachhaltigkeit. Als solche würde diese Entwicklung bedeuten, dass unsere Produktivkräfte ökologisch aufmerksamer werden und daher präzise gesteuert werden, und dies kann nur geschehen, wenn die Gesellschaft in den Händen der Menschen liegt.

Was gibt dir trotz der oft katastrophalen Nachrichten über Klimakatastrophen Hoffnung?

Man kann viel Kraft daraus schöpfen, Teil einer fortschrittlichen und fürsorglichen Aktivist_innengemeinschaft zu sein und zu sehen, wie sich Gemeinschaften vor Ort aktiv gegen die Zerstörung des Planeten wehren. Wir befinden uns zweifellos bereits in einer Situation des Zusammenbruchs, aber es ist klar, dass die Lösungen bereits existieren und von Basisbewegungen und revolutionären Bewegungen überall auf der Welt unterstützt werden. Wir haben keine andere Wahl, als den Kampf fortzusetzen, denn wir haben nichts zu verlieren und eine ganze Welt – die Erde und die Befreiung all ihrer Völker – zu gewinnen. Wie Fidel Castro einst verkündete, und das völlig zu Recht: «Sozialismus oder Tod!»

Das Interview in ganzer länge findet ihr auf unsere Webseite.

Fortsetzung von Seite 1

Wir alle sind Antifaschist_innen

Alle Dockers zitterten, als sie die riesige Bühne des UNiTE-Festival betraten, doch die Halle kochte, als sie riefen «Vieles trennt uns, in vielen Fragen sind wir nicht einer Meinung, aber eines sind wir ganz sicher. Wir alle sind Antifaschist_innen!»

Tatsächlich ist Faschismus ein Thema, das diese Dockers sofort in Rage versetzt, ihr Blut zum Kochen bringt und sie eint. Genua war in der Geschichte eine Hochburg des Antifaschismus, ein Zentrum des Kampfs der Partisan_innen. Dass der Faschismus bekämpft gehört, ist für sie keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist C.A.L.P. auch Teil der antifaschistischen Koordination in Genua, die 2017 ins Leben gerufen wurde, und deshalb haben nun so viele Militante von ihnen einen Prozess am Hals.

Der Frühling 2019 war eine heisse Zeit in Genua. Einerseits hatten neofaschistische Strukturen angefangen, Filialen in Genua und der Umgebung zu eröffnen, was ins Auge stach. Aber auch im Hafen lief die Mobilisierung an. Anfangs 2019 erfuhr C.A.L.P., dass ein Schiff der Firma Bahri anlegen sollte, ein grosser Kahn, der mit Waren für Saudi-Arabien beladen war. Die französische Recherche-Zeitung «Disclose» hatte offen gelegt, dass sich darin Waffen für den Krieg in Jemen befinden würden und die Dockers von Le Havre gaben diese Infos weiter.

C.A.L.P. begann, Kräfte zu sammeln, vor allem auch politische Organisationen und Gruppierungen, die sich mit derartigen Fragen befassen, um den Hafen blockieren zu können. Veranstaltungen und kleine Aktionen wurden organisiert, um für die Frage des Waffentransportes für den Krieg in Jemen zu sensibilisieren.

Während die Vorbereitungen für diese Blockade liefen, die dann später auch äusserst erfolgreich stattfand, fanden Wahlen fürs Europaparlament statt, an denen die neofaschistische Casapound teilnahm. Sie plante eine Abschlusskundgebung auf der Piazza Marsala, genauso wie Genova Antifascista plante, zu verhindern. Fast 2'000 Leute kamen zur Gegendemonstration. Womit niemand gerechnet hatte, war die Anzahl Polizeikräfte vor Ort. An die 300. Als C.A.L.P. zur Mobilisierung kam, ging die Strassenschlacht eigentlich sofort los. Die Digos, die politische Polizei, versuchte dem C.A.L.P. das Transparent zu klauen, was unmittelbar zu einem Nachmittag voller Riots führte. Keine alltägliche Erfahrung, auch nicht in Genua. Zeiten in denen Strassenschlachten an der Tagesordnung waren, liegen weit zurück. Immerhin war die Veranstaltung der Casapound damit verhindert: Diese flohen in die Ambulanzen und liessen sich von der Polizei eskortiert in Sicherheit bringen.

Der Maxiprozess gegen den Antifaschismus

Im Februar des letzten Jahres drangen Polizeikräfte in die Wohnungen von fünf Genossen ein. Es war eine orchestrierte Aktion, an der 70 Polizeikräfte teilnahmen, überall gleichzeitig. Das erklärte Ziel war es, Indizien zu finden, die ihre Theorie bekräftigen, dass C.A.L.P. und Genova Antifascista eine «Associazione a delinquere» bilden. Eine schwer übersetzbare Anklage, die in etwa den Vorwurf der Verschwörung beinhaltet; die Behauptung, es werde eine Vereinigung mit dem Ziel, Straftaten zu begehen, gegründet. Die drei Hafenarbeiter unter den fünf Verhafteten wurden auch zum Hafen gebracht, wo das Kollektiv ein Gym mit Boxclub betrieb, aus dem es an diesem Tag geräumt wurde. Ausserdem beschlagnahmte die Polizei einen Container, der aber eigentlich allen Hafenarbeiter_innen zur Verfügung stand, also Zeug von vielen drin deponiert war, auch das Demomaterial des C.A.L.P.

An diesem Tag wurde diese Anklage der kriminellen Vereinigung konstruiert, die ein Jahr später in einem Maxiprozess zur Anwendung kam. Angeklagt waren 56 Personen wegen besagter Riots. Den ganzen Dezember durch wurde in zwölf Schritten ein Maxiprozess durchgepeitscht, weil der Richter, ein scharfer Hund, in Pension ging und das noch durchziehen wollte. «Wir haben uns zu diesem Tag bekannt. Das war politisch die einzig mögliche Verteidigung.» sagt José. Vier Personen wurden bei diesem Prozess zu höheren Strafanträgen «auserkoren». Jeweils angebliche Führungspersonen aus Organisationen. «Pick vier raus, erziehe dadurch 56.» beschreibt er die Absicht dahinter lächelnd.

José, der Genosse des C.A.L.P., bekam 3 Jahre aufgebrummt, der Anarchist 4 Jahre und 2 Monate, ein libertärer Genosse 2 Jahre 5 Monate und der Genosse der antifaschistischen Organisation 3 Jahre. 44 Personen wurden zu einem Jahr und 9 Monate auf Bewährung verurteil. Also auch da ein hartes Signal, den Widerstand aufzugeben, aber noch kein Knast für sie.

Nun laufen gerade die Einsprachen. Wie üblich gelingt den Kräften der Repression, mit derartigen Prozessen die politische Militanz zu bremsen, denn sie absorbieren viel Zeit, Kraft und Geld. Aber die Militanten des C.A.L.P. denken nicht daran, sich zur Ruhe zu setzen, zumal in Italien die Situation sich gerade politisch am Verschärfen ist.

Arbeitskampf im bürgerlichen Staat

Um Missverständnissen vorzubeugen: Auch vor der Wahl Giorgia Melonis gab es die Kooperation zwischen faschistischen Kräften und der Polizei sowie Justiz, auch wurde C.A.L.P. sowie die Basisgewerkschaften USB und Si Cobas bedrängt, kriminalisiert und mit konstruierten Anklagen vor Gericht gezerrt. Die Gewerkschaft USB, zu der C.A.L.P. gehört und die vor allem durch die Organisierung prekärer migrantischer Arbeitskräfte in der Logistik der Verteilzentren bekannt geworden ist, wurde im Zuge dieser Kriminalisierungswelle nach dem gleichen Muster angegriffen. In der öffentlichen Toilette im Sitz der USB wurde, nach dem Hinweis eines Denunzianten, wie auf Bestellung eine Pistole im WC-Tank gefunden. Wieder kamen die Polizeikräfte zahlreich. Die Suche dauerte nicht lange, sie haben sich nicht besonders bemüht, das Theater glaubwürdig zu spielen. Es reicht ja, wenn es der Richter glaubt und der wird alles glauben, was der Kriminalisierung der USB dienen kann. Vier Gewerkschafter der USB und vier Gewerkschafter der SiCobas sind nun auch angeklagt, eine kriminelle Vereinigung zu bilden, der Prozess gegen Genova Antifascista war das Modell dafür. Beide Gewerkschaften gehen davon aus, dass im gegenwärtigen Kapitalismus die Arbeiter_innenmacht in der Logistik liegt, dass sie das neue Herz des Kapitalismus ist, wo der Profit zu machen ist und wo es schmerzt. Also nicht mehr in der Produktion in der Fabrik, sondern im Transport und im Verladen, sei das auf den Laster oder das Schiff. Das vertritt die USB in ganz Italien und ruft verstärkt zu Solidarität mit diesen prekarisierten Arbeitskräften in der Logistik auf, die oft wenig ernstgenommene Migrant_innen sind, die häufig auch noch in einem Subunternehmen eines Subunternehmens arbeiten.

Unter dem Strich lebt C.A.L.P. einen antikapitalistischen Antagonismus. Sie wird angegriffen werden, ob bürgerliche Regierung oder faschistische, genauso wie die Basisgewerkschaft, die im Gegensatz zu den konföderierten Gewerkschaften – wie die grossen Gewerkschaften in Italien heissen – keinen, oder zumindest noch keinen, Deal mit dem Staat abgeschlossen haben. «Wenn sie uns loben würden, müssten wir davon ausgehen, dass wir Arschlecker sind.» sagt José schulterzuckend. Die erhöhte Konfrontation bestätigt für das Kollektiv, dass es im Herzen des Kapitalismus zu einer ernstzunehmenden Kraft geworden ist und die Logistik das Kampfterrain ist, auf dem es sich zu verbessern gilt.

Arbeitskampf im faschistischen Staat

Insofern ändert sich die Situation mit der neuen Regierung nicht massiv, dennoch ist sie sehr beängstigend und sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Was die Dockers zusätzlich erwarten, sind sogennante extralegale Kräfte, die zuschlagen. Faschistische Schlägertrupps im Auftrag der Herrschenden oder auch im eigenen Auftrag, aus Freude, dass sie das ungestraft tun können. Insbesondere, weil die Fratelli d'Italia nicht nur Faschos sind, sondern auch Mafia.

Ungestraft sollen sie aber nicht davon kommen, C.A.L.P. bereitet sich vor. Die Dockers der PAME, der alten kommunistischen Gewerkschaft aus Griechenland, haben sich angekündigt und reisen nach Italien, um mit den dortigen Dockers zu trainieren. Die PAME hat die Zeit unter einer faschistischen Regierung überdauert und weiss, was es heisst, damit konfrontiert zu sein. Bei ihnen starben Genoss_innen, sie haben eine klare Vorstellung davon, wie wichtig nun die Organisierung und der Zusammenhalt sein werden.

Die Dockers des C.A.L.P. pflegen keinen Zweckoptimismus. Sie gehen nicht davon aus, dass sie in dieser Situation aufblühen und gedeihen werden. Neue Mitglieder zu bekommen wird sehr schwierig sein. Nicht nur wegen der Repression, vor allem auch, weil die Krise in Italien tief ist, die Situation ist dramatisch schlecht und die politische Krise entsprechend. Aber, so hofft C.A.L.P., muss die reaktionäre Entwicklung auch irgendwann vorbei sein. Früher oder später muss ihnen der falsche Klassenkompromiss um die Ohren fliegen. Inzwischen rufen die Dockers zu ernsthafter internationaler Solidarität auf: «Wir haben nur uns, wir werden uns brauchen. Ihr uns und wir euch.»

In den letzten Monaten veröffentlichte die Widerstandsvernetzung und Riseup4Rojava einige Broschüren zu Rojava/Kurdistan. Einerseits eine ergänzte Neuauflage zum Krieg niedriger Intensität, die der türkische Faschismus gegen Rojava führt, andererseits ein Interview zur Geschichte der PKK und wie es zum «ersten Schuss», dem Beginn des bewaffneten Kampfs kam. Die dritte Broschüre beinhaltet unter anderem ein Interview mit einer Kommandantin der Frauenguerilla YJA-Star zur neuen Strategie der Guerilla. Ganz neu ist auch das Interview mit Kani Karampoor der kommunistischen Komala Partei zu den Kämpfen im Iran.

Die Broschüren können unter www.widerstandsvernetzung.org heruntergeladen, bei redaktion@aufbau.org bestellt oder in unserem Vertrieb bezogen werden. Der Vertrieb (Kanonengasse 35 im Hinterhaus, Zürich) ist jeden Samstag von 12-17 Uhr geöffnet.

KRISE

Steht Italien auf der Kippe?

Linker Verrat, neoliberale Gegenreformen und historischer Revisionismus sind in Italien längst Realität. In diesem Kontext ist die neue Regierung unter der Fratelli d'Italia (FdI) auch keine Anomalie.

Massengrab in Friuli: Die Instrumentalisierung der Geschichte der Foibe ist ein zentrales Moment des Revisionismus.

(agafz) Es ist in diesen Tagen spannend zu beobachten, wie die bürgerliche Presse dazu gezwungen wird, über den Faschismus zu sprechen. Die Persönlichkeit der neuen italienischen Regierungschefin, Giorgia Meloni, konnte schlicht nicht unkommentiert aufgenommen werden. Sie verbrachte ihre Jugendjahre als Aktivistin im Movimento Sociale Italiano (MSI), quasi die Nachfolgepartei des Partito Nazionale Fascista Benito Mussolinis, und ist dafür bekannt, dass sie in einem früheren Interview vom «Duce» schwärmte. Jedoch löste die Bekanntgabe ihres Kabinetts sowie ihre Antrittsrede eine gewisse Erleichterung in den Kolumnen aus. In den Worten der NZZ konnte sie mit einem «eindeutigen Bekenntnis zu Europa und zur transatlantischen Allianz» die schlimmsten Befürchtungen beseitigen. Von der Frage abgesehen, ob wir uns damit beschwichtigen lassen sollen, kommen wir nicht umhin, den Faschismusbegriff zu kommentieren – wenn er schon in aller Munde ist.

Aus dem Pressespiegel sind hauptsächlich drei Muster zu erkennen: Faschismus ist eine Frage der Personalie (Zentralität der Diskussion um Melonis Werdegang und Intentionen), eines Moments (ob die Situation in Italien mit den Wahlen gekippt ist oder nicht) und ist vor allem eine Sache der Vergangenheit (der Grad der potentiellen Gefahr wird an der Intensität der historischen Kontinuität gemessen). Diese Auffassung ist das Problematische an der Diskussion, egal wie der jeweilige Inhalt sich daraus entfaltet. Dadurch zeigt sich die Prägung des bürgerlichen Diskurses über die Geschichte des Faschismus. Diesem Verständnis nach bleibt Faschismus ein irrationales Ungeheuer der Geschichte. Ganz im Gegenteil dazu behaupten wir, dass Faschismus das Produkt einer tiefen und vielschichtigen Krise des Kapitalismus sei. Zahlreiche Elemente, sowohl in seinen ideologischen Inhalten wie auch in seiner politischen Verwirklichung als ausserordentliche Staatsform, stehen mit allgemeinen, der kapitalistischen Gesellschaft innewohnenden Prozessen in Verbindung. Somit geht es aus einer materialistischen Perspektive heraus gerade darum, diese Elemente herauszugreifen, um sie in aktuelle Einschätzungen einfliessen zu lassen. Zu diesen gehören Momente der politischen und ökonomischen Krise und ideologischen Rechtsentwicklung, wie sie sich in der aktuellen Konjunktur in Italien ansatzweise überlagern. Damit soll nicht gesagt werden, dass der Faschismus vor der Türe stehen würde. Dennoch ist ein zutiefst beunruhigendes Potential in den aktuellen Spannungen angelegt. Dabei ist klar, dass sich in der Analyse notwendigerweise Elemente aufdrängen, welche über die Frage der einzelnen Politikerin, des einzelnen Wahlmoments hinausgehen.

Die Krise, immer die Krise

Wenn von politischer Krise die Rede ist, dann ist Italien ein Beispiel aus dem Lehrbuch. Die aktuellen Wahlen zeigten einen erneuten markanten Einbruch der Wahlbeteiligung und schon seit Beginn zeigt die neue rechte Koalition ein äusserst labiles Bild von sich. Was soll das? Kaum scheint es möglich, dass sich in Italien eine Regierung länger als ein Jahr im Amt hält. Zähe Verhandlungen, heterogene Mehrheiten, Regierungskrisen und technische Übergangslösungen scheinen zum Dauerzustand geworden zu sein. Seit dem Quasi-Putsch der EU gegen Berlusconi 2011 wurden fünf Regierungen eingesetzt, welche nicht direkt gewählt worden waren. Es profiliert sich seit längerem ein Zustand, in dem die Bourgeoisie zunehmend Mühe hat, ihr partikuläres Klasseninteresse als Interesse im Sinne des Gemeinwohls zu etablieren. Ihre ideologische Hegemonie wackelt.

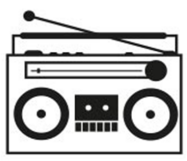
Doch dies kommt nicht von ungefähr. In den 1990er Jahren versprach die «L'Ulivo»-Koalition von Romano Prodi langfristigen Wohlstand im Rahmen der notwendigen europäischen Integration zum Preis einer neoliberalen Umgestaltung. An der 1996 gebildeten Regierung beteiligten sich sowohl die Überbleibsel der Sozialdemokratie, wie auch die Nachfolgeschaft der einst mächtigsten kommunistischen Partei Europas, die Partito Communista d'Italia (PCI, dann Partito Democratico della Sinistra ab 1991, Democratici di Sinistra ab 1998 und Partito Democratico ab 2007). Zwanzig Jahre nach dem Beitritt zum Euro ist das italienische BIP geschrumpft, ein Grossteil der Bevölkerung verarmt, und die Lebens- und Arbeitsbedingungen sind prekärer geworden. Der Abbau des Wohlfahrtsstaates, welcher im langen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg die subjektive Zustimmung der im Kapitalismus objektiv Unterdrückten garantierte, ist eine wesentliche Kraft hinter der Krise der bürgerlichen Hegemonie – in Italien und anderswo. Allerdings gibt es eine ökonomische Grundlage für das Ausmass, mit dem sich diese politische Tendenz in Italien zeigt. In Deutschland wurden mit den Hartz-Reformen ebenfalls unter sozialdemokratischer Führung der gleiche neoliberale Umgestaltungsprozess durchgeführt. Doch dem kolossalen Wachstum Chinas (wichtigstes deutsches Exportland) und der Tatsache, dass der Euro zugunsten der führenden deutschen Volkswirtschaft entworfen wurde, ist es zu verdanken, dass Deutschland im Vergleich besser davonkommt. Dank der höheren Wachstums- und tieferen Arbeitslosigkeitsrate, konnte das System sein Gesicht wahren. Italien verfügte dabei über deutlich weniger Spielraum. 2019 erinnerte die Zeitung der Industriellenvereinigung Confindustria, «Il Sole 24 Ore», dass Italien sich in den letzten 20 Jahren seit dem Beitritt zur Währungsunion nie erholen konnte.

Der Zerfall der traditionellen Parteien und das Bröckeln der neoliberalen Erfolgsgeschichte münden in einer Situation, in der die Leute zunehmend Antworten jenseits des Bestehenden suchen. Dies öffnet einen Raum für neue Ansätze und Narrative und gilt als Vorbedingung für den Aufstieg von Parteien wie die Movimento Cinque Stelle (M5S) von Beppe Grillo, die Lega von Matteo Salvini oder nun Fratelli d'Italia. Dass sich die aus der politischen Krise entstandenen Unsicherheiten nach rechts politisieren lassen, ist auch kein Wunder. Die Integration der linken Parteien ging einher mit einem Verlust des Diskurses um die soziale Frage. Dies ebnete den Weg für eine nationalistische Offensive, in der sie sogar eine entscheidende Rolle gespielt haben. Als Berlusconi 1994 das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt, bindet er zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg Minister aus der MSI ein. Einen Bruch mit dem Faschismus hat es nie gegeben, unter Berlusconi wird jedoch ein historischer Revisionismus auf Massenebene mit grossen Mitteln vorangetrieben. Zum Beispiel führt er 2004 einen nationalen Feiertag in Gedenken an die italienischen Opfer des jugoslawischen Befreiungskrieges ein. Das Voranschreiten einer Erzählung, die den Faschismus verharmlost und den antifaschistischen Widerstand teils diffamiert, wurde von der PCI und ihrer Nachfolgschaft zugelassen. Eine vielleicht natürliche Folge ihrer langen Geschichte von Kompromissen und Verraten – von der Amnestie der Faschisten unter Togliatti (1946) bis hin zum Beitritt von Massimo d'Alema in Prodis Koalition (1996), über das Ausschalten des Aufstands 1948 und dem historischen Kompromiss von Enrico Berlinguer (1976). Den Gipfel erreicht Marco Minniti, der 2017 als Innenminister das Abkommen über die lybischen Haft- und Folterlager unterschreibt. Das Ganze hat natürlich Konsequenzen auf die Legitimation rassistischer Diskurse und autoritärer Massnahmen, insbesondere in der Grenzpolitik.

Was passiert in einem Jahr?

Aus oben Genanntem ergibt sich der Hintergrund des kometenhaften Aufstiegs der FdI. Die geschilderte Rechtsentwicklung könnte darauf hindeuten, dass sich ein Teil der Bourgeoisie auf einen rassistischen Ansatz einlässt, um ihre ideologische Hegemonie wiederherzustellen beziehungsweise zu sichern. Eine besonders extreme Version davon, als Antwort auf eine unvergleichbar schwerere Krise, ist der Faschismus gewesen. So weit sind wir noch nicht und es scheint unklar, ob sich die Koalition unter Meloni überhaupt halten kann, oder ob das Land nach den üblichen ein bis zwei Jahren in eine erneute Regierungskrise stürzt. Das Problem für die FdI ist, dass ihre Basis vor allem in den letzten zwei Jahren derart gewachsen ist, weil sie sich als fast einzige Partei gegen die Einheitsregierung von Mario Draghi und sein Abkommen mit der EU im Rahmen des Wiederaufbaufonds stellte. Dies ist problematisch, weil aufgrund der hohen Verschuldung Italiens kaum Spielraum besteht, sich gegen die EU zu wenden. Abgesehen davon, dass die FdI nur deshalb überhaupt regierungsfähig ist, weil sie sich mit Kräften verbündet, welche sich hinter Draghi stellten. Verkürzt dargestellt steht Meloni vor der Wahl, entweder ihre Basis zu enttäuschen oder ihre Koalition zu kippen. Es ist noch zu früh, um eine Einschätzung zu liefern, es scheint aber so, als ob sie sich für einen eher EU-freundlichen Kurs entschieden hätte. Ideologisch soll ihre Basis mit repressiven Massnahmen gegen migrantische und LGBTIQ-Personen befriedigt werden, wie die ersten Amtshandlungen ohne Überraschung zeigen. Nebst der Schliessung der Häfen für Rettungsschiffe wurde das Ministerium für Familie in Ministerium für Familie und Geburtenziffer umbenannt. Zwischenbilanz in ein paar Monaten.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

INTERVIEW

Schweden driftet nach rechts

(agafz) In Schweden gewann diesen Herbst ein rechtes Parteienbündnis die Wahlen und stellt die neue Regierung. Der grosse Wahlsieger, die Schwedendemokraten, sind personell zwar selber nicht in der neuen Regierung vertreten, haben jedoch das Regierungsprogramm mitgeschrieben und abgesegnet. Die Wurzeln der Schwedendemokraten liegen in der südschwedischen Neonaziszene der 1980er Jahre. Zwischenzeitlich ist sie unter Führung ihres Parteichefs Jimmy Åkesson zu einer modernen rechtspopulistischen Partei umgemodelt worden, welche massenanschlussfähig ist. Gegen Neonazis grenzt sie sich formal konsequent ab und stellt inzwischen auch Abgeordnete mit nichteuropäischen Wurzeln. Trotzdem werden nach wie vor immer wieder auch Verbindungen zu völkischen Kreisen insbesondere der neuen Rechte aufgedeckt und unverblümt rassistische Ausfälle einzelner Mitglieder sind keine Seltenheit. Als Haupttreiber des neuerlichen Wahlsiegs der Schwedendemokraten gilt die in den letzten Jahren immer stärker ausufernde Bandenkriminalität in den sozial deprivierten Vorstädten. Wir haben mit einem langjährigen Aktivisten der ausserparlamentarischen Linken aus Stockholm über die neue Regierung gesprochen.

Kurz zu deiner Person: Wie verlief deine bisherige Karriere in der schwedischen Linken und wie sieht deine derzeitige berufliche Situation aus?

Ich bin seit 15 Jahren in ausserparlamentarischen Gruppen der Linken engagiert, war aber auch schon in Parteien. Angefangen habe ich in der Jungen Linken, dem Jugendverband der schwedischen Linkspartei, dann habe ich mich in Tierrechts- und Antirassismusgruppen engagiert. Mehrere Jahre war ich auch in einer überregional organisierten revolutionären Gruppe dabei, welche insbesondere durch ihre Antifa-Praxis eine gewisse Bekanntheit erlangte, sich inzwischen aber aufgelöst hat. Als in der Provinz aufgewachsener Nichtweisser musste ich mich auch schon früh mit Nazis auseinandersetzen. Seit acht Jahren arbeite ich als Lehrer an einem Gymnasium.

Schweden hat seit kurzem eine klar rechtsgerichtete Regierung erhalten. Was sind die wichtigsten absehbaren politischen Folgen?

Die Langzeitkranken und Unterversicherten werden mit Sicherheit die Leidtragenden sein, das heisst diejenigen, die materiell schon bisher untendurch mussten. Auch Geflüchtete, die nach Schweden kommen oder kommen wollen, werden hart getroffen.

Zudem forciert die Rechte schon seit längerem weitere Steuersenkungen für Besserverdienende und Leistungskürzungen für sozial Schwache. Es ist die Rede von einer sogenannten Arbeitslinie, wonach sich Eigenverdienst mehr lohnen soll, im Gegensatz zu einer sogenannten Leistungslinie der Linken und der Sozialdemokraten, welche auf einem ausgebauten System sozialer Transferleistungen fusst.

Letztlich zielt ein Grossteil der Rhetorik der rechten Regierung darauf ab, all jene zu verunglimpfen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig bestreiten können.

Gleichzeitig soll dadurch der Migrationsstrom nach Schweden abgewürgt werden, indem Schweden weniger sozioökonomische Perspektiven für sozial schwächer gestellte Migrant_innen bietet. Auch sollen Flüchtlingskontingente komplett abgeschafft werden. Dabei nimmt Schweden schon jetzt sehr wenige Geflüchtete auf.

Wie lauten die zentralen Argumente der Rechten, insbesondere der Schwedendemokraten, bezüglich Einwanderung und Strafverfolgung?

Im Kern lautet die Argumentation der Rechten und extremen Rechten, dass soziale Wohlfahrt nicht mit Multikulturalismus und Masseneinwanderung vereinbar ist, da finanziell nicht tragbar.

Stehen deiner Meinung nach auch andere Themen als Migration und Bandenkriminalität im Mittelpunkt des rechten Diskurses?

Ja, sicher einmal kulturelle und identitätspolitische Fragen, aber auch medienpolitische Fragen. So hat die neue Regierung vor den Wahlen angekündigt, dass sie die Subventionen für den öffentlichen Rundfunk kürzen will. Sie sagt auch ganz offen, dass sie mehr über die Inhalte des öffentlichen Rundfunks mitbestimmen will. Die Schwedendemokraten sprechen zudem andauernd von einer ideologischen Gehirnwäsche durch die angeblich linken Medien.

In welche relevanten Strömungen lässt sich die schwedische Linke, insbesondere die radikale oder revolutionäre Linke, gegenwärtig einordnen?

Das ist gar nicht so einfach. Es gibt da zu einem ein parlamentarisches sowie ein ausserparlamentarisches Lager. Letzteres wiederum ist fragmentiert in eher autoritärere und libertärere Strömungen. Bei einem Teil dieser Strukturen steht der Klassenkampf klar im Vordergrund während andere wieder mehr intersektional ausgerichtet sind.

Wie wird die Situation in den sozial exponierten Vorstädten aus linker oder linksradikaler Sicht bewertet?

Als miserabel! Viele Probleme in den Vorstädten werden von den Rechten schlicht ethnisiert, während diese nach Ansicht der Linken wesentlich komplexer und weniger monokausal zu erklären sind. Die Ursachen für die gegenwärtige Konstellation auszuführen, würde hier den Rahmen sprengen.

Gibt es innerhalb der schwedischen Linken eine Art Konsens zur Migrationspolitik oder divergieren die Positionen stark auseinander?

Die überwiegende Mehrheit verteidigt das Asylrecht, ein kleiner Teil ist inzwischen auf die Linie der Schwedendemokraten eingeschwenkt und befürwortet eine tendenzielle Null-Einwanderung.

Gerade in der Sozialdemokratie wird die von ihrer bisherigen Regierung bereits eingeführte «straffe» Migrationspolitik damit gerechtfertigt, dass wir in Schweden schon sehr viele Geflüchtete aufgenommen hätten. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die die Grenzen wieder mehr öffnen wollen und glauben, dass die Linke in Schweden die Geflüchtete zurzeit im Stich lassen. Die letztgenannte Gruppe ist in der ausserparlamentarischen Linke sicher stärker präsentiert.

Einen wirklichen Konsens gibt es aber jedenfalls nicht, sondern es findet täglich ein Meinungskampf zu diesem Thema statt.

Ist die schwedische Linke strukturell in den sozialen Brennpunkten verankert oder ist sie völlig losgelöst von den Bewohnern dieser Stadtteile?

Nein, leider überhaupt nicht! Stattdessen beginnt dort eine sich antirassistisch gebende muslimisch-identitäre Partei allmählich Fuss zu fassen (Anmerkung: Dieser Partei namens «Nyans» wird nachgesagt, der Erdogan-Regierung in der Türkei nahe zu stehen und wird auch als «rechte Partei für Migranten» bezeichnet). In Schweden gibt es zudem viel zu wenig Sozialzentren, welche eine räumliche Verankerung der Linken in gewissen Gebieten vereinfachen würde. Gerade bei mir in Stockholm ist die Situation in dieser Hinsicht geradezu erbärmlich. In Göteborg oder Malmö sieht ein wenig besser aus, dort gibt es zurzeit autonome Zentren.

Rinkeby, einer der bekanntesten sozialen Brennpunkte Schwedens im Norden Stockholms.

Wie steht die Linke zu der weit verbreiteten Bandenkriminalität und insbesondere zu der Gewalt in den Vorstädten, hat sie etwas zu der weit verbreiteten Forderung nach mehr Polizei zu sagen?

Die meisten Bewohner_innen in den sozial benachteiligten Vorstädten befürworten die sozialdemokratische Linie, polizeilich und juristisch härter gegen Kriminelle vorzugehen. Sogar grosse Teile der ausserparlamentarischen Linke unterstützen diese Linie inzwischen.

Welche Perspektiven siehst du für die Linke Schwedens im Moment, welche Entwicklungen sind deiner Meinung nach im Gange?

Fortschrittlichere Entwicklungen, und zwar in allen linken Fraktionen. Das liegt daran, dass die rechtsgerichtete Regierung gerade ihre Arbeit aufgenommen hat und mobilisierend wirkt. Traditionell sind auch die Sozialdemokraten in der Opposition progressiver als wenn sie selber in der Regierung sitzen. Nun besteht die Hoffnung, dass die Linke insgesamt zu ihren ursprünglichen Positionen zurückfindet und der eingeschlagenen Richtung der neuen Regierung Widerstand leistet.

MERKE

Wenn zivile Einsatzleiter der Stadtpolizei Zürich einen Ausflug in die Altstadt machen...

Alles wird teurer. Marktszene in Safranbolu.

TÜRKEI

«In der Türkei herrschte immer Faschismus»

Während eines Aufenthalts in Rojava konnten wir mit einem Genossen sprechen, der lange in der Türkei politisch aktiv war. Danach ging er nach Rojava, wo er gegen den IS kämpfte und unter anderem auch bei der Befreiung von Kobanê und Raqqa dabei war. Wir befragten ihn über die aktuelle Situation in der Türkei. Das Interview wurde im vergangenen Sommer geführt.

(rabs) Wie schätzt du die aktuelle Lage der Arbeiter_innenklasse in der Türkei ein?

Die Situation in der Türkei ist sehr schlimm. Hauptgrund dafür ist die ökonomische Situation, die riesige wirtschaftliche Krise. Das liegt zu grossen Teilen an Erdogan. Das Regime stahl Geld und treibt zu viele Steuern von den Leuten ein. Auch privatisierten sie staatliche Unternehmen wie Banken und verkauften Rohstoffe an private Firmen. Zum Beispiel verkauften sie eine staatliche Bank an Katar.

Wie hat sich die Situation in der Türkei dahin entwickelt, wo sie heute ist?

Vor zehn Jahren war alles viel billiger. Wenn man vorher mit dem Mindestlohn zum Beispiel 100 kg Fleisch kaufen konnte, kann man heute damit nur noch 35 oder 40 kg Fleisch kaufen. Neben der Wirtschaft sind die Arbeiter_innenfrage und die Frauenfrage sehr wichtig. Sehr viele Frauen werden in der Türkei umgebracht. Dann natürlich die Frage des kurdischen Volks. Alle diese Probleme müssten gelöst werden, aber momentan werden sie durch die wirtschaftlichen Probleme überlagert. Es scheint, dass Erdogan diese Probleme nicht lösen kann. Daher kommt die grosse Wut der Menschen auf Erdogan. Die türkische Wirtschaft ist wie ein altes Auto: Sie versuchen immer wieder etwas zu flicken, aber das Auto ist abgefuckt, es geht immer wieder was kaputt. Das Auto müsste ausgewechselt werden, sonst gibt es immer wieder ein neues Problem. Das gilt auch für das wirtschaftliche System. Die einzige Lösung ist ein Systemwechsel, der Sozialismus. Dafür braucht es eine Revolution, aber das ist ein anderes Thema.

Ich denke, das zweite sehr wichtige Problem ist die Frage des kurdischen Volks. Bevor Erdogan Premierminister wurde, sagte er, er würde die kurdische Frage lösen. Er kam in einer Koalition mit der Gülen-Bewegung an die Macht und sie arbeiteten bis 2012 zusammen.

Die kemalistische Bewegung, zum Beispiel die CHP, war im Militär sehr stark, die unterstützten die kemalistischen Ideen. Immer wenn es Probleme gab, versuchten sie ,diese mit einem Militärputsch zu lösen, wie in den 60er Jahren oder beim Regierungswechsel 1971.

Nach der Wahl Erdogans versuchte die Gülen-Bewegung, alles zu übernehmen, die Polizei, das Justizsystem, das Bildungssystem usw. Da versuchte die Armee einen neuen Putsch zu machen. Die Reaktion darauf war massive Repression mit tausenden Verhaftungen.

Die Probleme zwischen Gülen und Erdogan begannen, als Erdogan mehr Macht auf sich vereinen wollte. Ausserdem versuchte er, die kurdische Frage auf eine andere Art zu lösen als Gülen das wollte, nämlich mit einem Abkommen mit der PKK. 2012 begannen die Treffen zwischen der Regierung und der PKK, was die Gülen-Bewegung erzürnte und die Beziehungen zur Regierung verschlechterte. Die Regierung wollte die kurdische Bewegung und die PKK zerstören. Weil Erdogan merkte, dass er die PKK im Kampf nicht besiegen konnte, begann er die Friedensverhandlungen. Dadurch wurde die PKK etwas legaler und man konnte die Kader der PKK überall sehen, sie trauten sich wieder auf die Strasse. Die Regierung öffnete die Grenze zu Rojava für junge kurdische Menschen in der Hoffnung, dass sie dort im Kampf fallen. Als aber Erdogan merkte, dass die PKK nicht Hand bieten würde für seine Diktator-Ambitionen, stoppte er den Prozess wieder. Er versuchte zu verstehen, wer Kader der PKK ist und versuchte, diese zu verhaften. Er nutzte den Friedensprozess, um sich auf einen grossen Krieg vorzubereiten. Auch die PKK bereitete sich vor, aber nicht sehr gut. Im Krieg 2015/16 in Nordkurdistan wurde deshalb viel zerstört.

Erdogan hat gemerkt, dass es nicht einfach ist, die PKK zu zerstören und greift deshalb alle Gebiete an, in denen diese Einfluss hat. In Nordkurdistan wird jede Demonstration, jede Aktion für Demokratie und mehr Rechte angegriffen, durch die Polizei, die Medien, die Armee. Die Menschen werden ins Gefängnis gesteckt oder getötet. Auch Başur (Südkurdistan / Nordirak) und Rojava werden massiv angegriffen.

Wenn wir von Europa aus schauen, denken wir, dass der Kemalismus die bürgerliche Revolution darstellt. In Europa sprechen wir über die Türkei als eine Demokratie.

In der Türkei herrschte immer Faschismus, von Anfang an. Nach dem ersten Weltkrieg gab es Krieg gegen Frankreich, Grossbritannien, Italien, die hier Gebiete besetzt hielten. Als die Kemalisten ans Ruder kamen, änderte sich der Charakter des Krieges gegen die Imperialisten. Die Kemalisten sind vor allem die lokale Grossbourgeoisie, die Grossgrundbesitzer, die Lokalfürsten, sowohl islamische Führer als auch laizistische. Auch die mittlere Bourgeoisie war Teil des Kemalismus. Aber die Avantgarde war die Grossbourgeoisie und die Grossgrundbesitzer. Während des Krieges machten sie ein Abkommen mit den Imperialisten, deshalb überliessen diese ihnen Istanbul. Wieso hätten sie ohne dieses Abkommen Istanbul den Kemalisten überlassen? Im Gegenzug erhielten sie während 50 Jahren die Rechte auf die Rohstoffe. Während der Zeit des Osmanischen Reiches mussten die westlichen Firmen Steuern auf die geförderten Rohstoffe zahlen, das fiel jetzt weg. Es gab auch keine Hafengebühren mehr. Wegen diesem Abkommen stoppten die imperialistischen Länder den Krieg und überliessen die Macht Mustafa Kemal. Dieser beschnitt die Rechte der Arbeiter_innenklasse, zum Beispiel wurden freie Gewerkschaften verboten, es gab nur die faschistischen kemalistischen Gewerkschaften. Weil Lenin 1920 Kemal Waffen und Geld lieferte, wahrscheinlich, weil er dachte, dieser würde gegen den Imperialismus kämpfen, gab es während einiger Zeit eine kommunistische Partei. Anfang 1920er wurden aber die Anführer alle umgebracht und die kommunistische Partei verboten, viele Mitglieder getötet oder gefoltert.

Auch mit den Kurd_innen gingen sie so vor: Zuerst hatten sie ein Abkommen mit ihnen, danach wurden sie bekämpft. In Adana gab es zum Beispiel einen Protest für höhere Löhne. Die Protestierenden wurden zu 10 oder 15 Jahre Haft verurteilt, weil sie gegen die Regierung seien. Sie griffen andere Völker an und versuchten, diese auszulöschen. Weil die Türkei von Anfang an die Arbeiter_innenbewegung und die anderen Völker unterdrückte, kann sie als faschistisch bezeichnet werden. Dazu kommen die Genozide an den Armenier_innen, den Griech_innen usw. Mustafa Kemal kommt von der Partei, die den Genozid an den Armenier_innen organisierte. Der zweite Mann nach Kemal in der Partei hatte sogar einen Schnauz wie Hitler.

Der Staat besteuerte die normalen Menschen, aber die Grossgrundbesitzer mussten keine Steuern bezahlen.

Aber es gab ja in der Geschichte der Türkei schon Momente, wo es demokratischer zu und her ging. Ist das dann einfach weniger faschistisch?

Wichtig ist, wie sie sich dem Volk gegenüber verhalten, der Arbeiter_innenklasse gegenüber. Sie liessen die Menschen nicht ihre Sprache sprechen, ihre Traditionen pflegen. Die Arbeiter_innen wurden sehr schlecht behandelt. Sie wurden für kleinste «Vergehen» von den Bossen schwer bestraft und die Regierung war damit einverstanden. Deshalb sage ich, das ist ein faschistischer Staat. Aber manchmal setzten sie eine demokratische Maske auf, die sie wieder ablegten, wenn sie sahen, dass die Volksbewegung zu stark wurde, um diese wieder zu stoppen und zeigten ihr wahres Gesicht. Der türkische Staat hatte immer einen faschistischen Charakter, auch wenn sie manchmal ein anderes Gesicht zeigten. Als Erdogan an die Macht kam, dachten alle, er würde die Türkei retten, dass das gut für die Arbeiter_innen sein würde, aber dann zeigte er sein wahres Gesicht. Das war immer wieder so.

Den zweiten Teil des Interviews drucken wir in der nächsten Ausgabe, die im März 2023 erscheint.

Die Macht von Diktatoren oder Quasidiktatoren ist meist instabil. Um an der Macht zu bleiben, greifen sie oder sie unterstützende faschistische Kräfte immer wieder auf Attentate zurück. Diese schüren Angst in der Bevölkerung. Als Reaktion darauf kann der Staat mit harter Hand durchgreifen und demokratische Rechte weiter abbauen. Beim Putschversuch von 2016 in der Türkei ist unklar, wer die Hände im Spiel hatte, profitieren konnte Erdogan aber allemal. Er bezeichnete den Putschversuch denn auch als «Geschenk Gottes». Kurz vor Redaktionsschluss dieser Zeitung explodierte in einer sehr belebten Strasse Istanbuls eine Bombe. Ob es sich um eine «false flag operation» handelt, bei der der türkische Staat selber eine Bombe platziert um das Attentat seinen Gegner_innen zu unterstellen, ist noch unklar, wenn auch durchaus möglich. Jedenfalls versuchte Erdogan, die Schuld sofort der PKK zuzuschieben, obwohl diese nicht Zivilist_innen angreift.

Die erste revolutionäre Regierung unter Fidel Castro setzte eine weitgehende Agrarreform um.

KUBA

«Trotzdem bin ich optimistisch, dass sich das ökologische Bewusstsein weiterentwickelt und verstärkt.»

Dies ist der zweite Teil eines Interviews zur Frage der Ökologie in Kuba (erster Teil in aufbau Nr. 110). Die sozialistische Insel befindet sich vor grossen Herausforderungen: Stärkung der Privatwirtschaft, Energiekrise, Klimawandel. Wir sprachen mit einem Schweizer Internationalisten und Genossen der «Cuba Solidarität Vilma Espín», der seit Jahren immer wieder längere Zeit in Kuba lebt.

(gpw) Vor welchen Herausforderungen steht ein ökologischer Umbau der Wirtschaft auf Kuba?

In den nächsten Jahren, resp. Jahrzehnten wird Kuba von extremen Wetterereignissen betroffen sein: Noch stärkere Wirbelstürme als bisher, mit riesigen Wassermassen, die zu massiven Überschwemmungen führen können, aber auch Dürre, vor allem im Osten des Landes. Im Frühjahr 2017 verabschiedete die kubanische Regierung den tatsächlich revolutionären Klimaschutzplan «Tarea Vida» (Lebensaufgabe). Der Plan Tarea Vida, in dem unter anderem Klimawissenschaftler_innen, Ökolog_innen, sowie Sozialwissenschaftler_innen zusammenarbeiten, dient als Grundlage für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und umfasst auch Massnahmen, wie die Umstellung auf erneuerbare Energien und gesetzliche Grundlagen zur Durchsetzung von Umweltmassnahmen. Er dient aber auch als Mittel, um besonders gefährdete Orte und Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise Küstenbewohner_innen zu erfassen und vorsorgliche Massnahmen zu treffen.

Bis heute sind ca. 30% der Regenwälder auf Kuba wiederaufgeforstet. Dazu muss man wissen, dass Kuba nach wie vor von der jahrhundertelangen, kolonialen und dann US-imperialistischen Ausbeutung betroffen ist. Das heisst: Fokussierung auf die Monokulturen wie die Zucker- und später Tabakindustrie, was eine immense Entwaldung und starke Bodenerosion bedeutete.

Die Überwindung dieses Erbes wurde Teil des revolutionären Transformationsprozesses ab 1959, mit dem der Prozess der kapitalistischen Ausbeutung und Zerstörung der Natur durchbrochen werden sollte. Heute wird Kuba von Wissenschaftler_innen vom Sustainable Development Index als eines der nachhaltigsten Länder der Welt genannt.

Die erste revolutionäre Regierung Kubas mit Fidel Castro setzte als eine der ersten Massnahmen eine weitgehende Agrarrevolution um, enteignete unter anderem die Grossgrundbesitzer und teilte deren riesige Plantagen in 25 Hektaren grosse Flächen auf. Dies ist unter anderem einer der wesentlichsten Gründe, wieso die USA ab 1960 die Blockade gegen Kuba begannen. Sie versuchten, die Revolution zu zerstören.

Gibt es eine Diskrepanz zwischen der Position der Regierung und der Bevölkerung in Bezug auf das Thema Klimawandel und Ökologie? Wie steht es um das ökologische Bewusstsein zweiterer?

Das muss man sehr differenziert betrachten. Wenn wir die Rede von Fidel am Klimagipfel von Rio 1992 hören, wenn wir die Anstrengungen der Regierung in vielen Projekten in Bezug auf Nachhaltigkeit, Ökologie und Kampf gegen den Klimawandel sehen, dann scheint die Position der Regierung klar zu sein. Dazu kommt ja auch, dass Kuba direkt stark betroffen sein wird, wenn zum Beispiel der Meeresspiegel steigt. Da braucht es nicht viel und Gebiete sind nicht mehr bewohnbar. Wieso aber fördert sie nicht mehr Basisaktivität der Bevölkerung oder fordert diese sogar ein? Wenn ich mit einer Bäuerin in einem Organopónico [grosser urbaner Garten, Anm. d. Red.] oder einem kleinbäuerlichen Betrieb spreche, ist ihr Bewusstsein sehr klar. Und ich sehe, dass sich das Bewusstsein auch in der städtischen Bevölkerung ändert, aber eher langsam. Aber auch hier spielt wieder die Blockade: Der Alltag, die Organisierung des einfachen Lebens ist mühsam, aufwendig und erschöpfend. Wenn es keine Medikamente gibt, aber jemand in der Familie krank ist und dringend auf Medizin angewiesen ist, dann setzt du einfach alles daran, diese Medikamente irgendwie zu bekommen. Und das verbraucht all deine Energie. Da haben wir schon viele, sehr bedrückende Situationen erlebt. Dazu kommt noch eine Bürokratie, die oft auch noch erstickend wirkt. Manchmal hat etwas anderes dann fast keinen Platz mehr. Trotzdem bin ich optimistisch, dass sich das ökologische Bewusstsein weiterentwickelt und verstärkt. Es gibt sehr viele positive Beispiele und auch aktive Menschen. Es geht voran.

Gibt es einen Ableger der internationalen Klimabewegung auf Kuba wie beispielsweise «Fridays for Future»?

Nein, leider nicht. Hier muss ich ein Beispiel erwähnen, dass wir in Havanna mit Student_innen erlebten. Wir bereiteten eine Diskussionsrunde für ein Interview vor. Dabei war ein Thema das ökologische Bewusstsein der Bevölkerung, und warum es in Kuba keine Bewegung oder Gruppe wie Fridays for Future gäbe. Die Diskussion dazu war nicht einfach, denn bei vielen - aber sicher nicht allen - Leuten fehlt das Bewusstsein oder die Selbstverständlichkeit, selber, autonom aktiv zu werden. Fridays for Future war überhaupt nicht bekannt! Eine Initiative muss vom Staat kommen oder sie kommt nicht. Die Regierung ist gegenüber Eigeninitiativen sehr misstrauisch und befürchtet dahinter oft eine US-amerikanische Infiltration. Es gibt aber kleinere Gruppen, die umweltaktiv sind, aber mit einem eher beschränkten Wirkungsgrad. Dazu muss ich aber auch einschränkend sagen, dass ich nicht die Situation auf ganz Kuba kenne.

Du hast Kontakt zu linken Gruppen, die der Regierung kritisch gegenüberstehen. Was sind deren Kritikpunkte?

Ja, zaghaft. Es ist nicht so, dass sie überaus aktivistisch sind oder sich publikumswirksam äussern. So gibt es zum Beispiel die feministische Gruppe der «Cimarronas» [Cimarrón wurden die Sklav_innen genannt, die aus der weissen Herrschaft flüchteten und frei in Verstecken in den Wäldern lebten, Anm. d. Red.], die an den frauenpolitischen Organisationen der Regierung kein gutes Haar lassen. Sie verteidigen jedoch die Revolution und streben einen revolutionären, feministischen Sozialismus an. Wie genau, kann ich nicht detailliert sagen. Es ist aber so, dass sich langsam linke revolutionäre Gruppen entwickeln, aber noch eher kenne ich einzelne Menschen, die ein linkes revolutionäres Bewusstsein haben und sich aktiv in Projekten engagieren.

Finden diese Gruppen Gehör oder sind sie isoliert?

Als Gruppen sind sie in der Bevölkerung nicht sehr bekannt, aber wie gesagt, es gibt eine positive Entwicklung. Auch dass sie von der Regierung nicht mehr gleich als Feinde betrachtet werden. Das «Centro Martin Luther King» in Havanna spielt hier als Ort, wo sich Gruppen treffen, wo es Veranstaltungen und Aktivitäten gibt, eine wichtige Rolle. Dies wird in Zukunft zunehmen.

Kommen wir noch auf eine aktuelle Debatte zu sprechen. In Kuba wurde ein progressives Familiengesetz angenommen. Wie beurteilst du diesen Prozess?

Die Debatten zu diesem Gesetz (Código de las familias) liefen über zwei Jahre. Es gab tausende Diskussionsrunden im ganzen Land, die von den Komitees zur Verteidigung der Revolution in allen Quartieren der Städte und Dörfer organisiert wurden. Es gab viele Publikationen der Regierung dazu, die verteilt wurden oder in der Granma (Tageszeitung, aber vor allem Organ der kommunistischen Partei, Anm. d. Red.) und andern Zeitschriften veröffentlicht und debattiert wurden. Es war also ein äusserst demokratischer Prozess, wenn auch mit einer intensiven staatlichen Beteiligung. Kritisiert wurde im Vorfeld von links vor allem, dass das Gesetz nicht als Verfassungsartikel zur Abstimmung kam. Ich selber finde diese Kritik nur teilweise nachvollziehbar. Natürlich hätte die Regierung das wagen können und den Abstimmungsprozess noch stärker führen können. Man kann auch kritisieren, dass sie sich dem Druck reaktionärer Kreise beugte. Es ist aber taktisch nicht ungeschickt, dass es jetzt – mit demselben Inhalt– zuerst als Gesetz verankert wird und dann in einem weiteren Prozess in der Verfassung.

Anerkannt wird allgemein, dass das Gesetz sehr fortschrittlich ist, die Ehe nicht mehr nur als Bund von «Mann» und «Frau» definiert ist, sondern von Menschen. Ausserdem sehr wichtig sind die konkret definierten Kinderrechte, die Rechte von queeren Menschen sowie diejenigen von älteren Menschen. Zudem wird der Kampf gegen häusliche Gewalt konkret benannt und auf Gesetzesebene abgesichert. Bis sich dieses neue Gesetz im alltäglichen Leben, in den Köpfen der Menschen verankert, muss in der kubanischen Gesellschaft noch viel passieren. Gerade gegen die patriarchale häusliche Gewalt ist die Regierung seit Jahren mit landesweiten Kampagnen immer präsent. Die im neuen Familiengesetz enthaltenen Gesetze sind starke und wichtige Schritte vorwärts für eine freiere, gerechtere Gesellschaft.

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

Die Leitzinserhöhungen und die Folgen

Schlagworte wie Teuerung, Leitzins, Kaufkraft oder Krieg und Ressourcen bestimmen die aktuelle Debatte über die ökonomische Lage. Wir konzentrieren uns diesesmal auf den Leitzins und beobachten die weitere Entwicklung, um klarer sehen zu können.

(gpw) Die Erhöhung des Leitzinses durch die Zentralbanken hat direkte Folgen, die wir als Proletarier_innen oder Kleinbürger_innen zu spüren bekommen. So können die Mieten steigen, denn diese richten sich nach einem sogenannten Referenzzinssatz, der mit der Leitzinserhöung ebenfalls steigt. Die Nebenkosten für elektrische Energie, Wasser und Heizung sind über die allgemein gestiegenen Energiepreise vielfach schon gestiegen.

Der Krieg in der Ukraine hat zu einem sprunghaften Anstieg der Preise an den Energiebörsen geführt. Das hat zwei hauptsächliche Konsequenzen: Einerseits steigt der Wert des Gases an, da nun viel mehr Gas über die sogenannten LNGs produziert wird und darin mehr Arbeit vergegenständlicht ist. Auf der anderen Seite führt die erhöhte Nachfrage zu einem enormen Anstieg der Gaspreise über ihren Wert hinaus. Die Grosshandelspreise haben sich in der Zwischenzeit schon wieder etwas normalisiert. Ein weiterer Element ist dabei hervorzuheben: Die Verteuerung, hauptsächlich des Gases, hat dazu geführt, dass in der Industrie teilweise mit weniger Gas dieselbe Menge Waren hergestellt werden kann, eine Produktivkraftentwicklung wie sie im Buche steht.

Die Erhöhung des Leitzinses betrifft die Staaten, und das in doppeltem Masse, da diese oft Steuererleichterungen für Konzerne durchdrücken – um den jeweiligen «Standort» attraktiver zu machen – und deshalb weniger Geld einnehmen. Gleichzeitig müssen sie für den Schuldendienst mehr bezahlen. Ein grösserer Teil des staatlichen Budgets wird durch die höhere Verzinsung aufgefressen, so dass für den Rest weniger übrig bleibt.

Das Proletariat wird dadurch wieder einmal an mehreren Stellen direkt betroffen sein. Werden die Staatsschulden höher und verteuern sich der Preis der Staatsanleihen, wird das einen direkten Einfluss auf die Sozialleistungen haben. Auf der anderen Seite wird sich in Ländern, in denen sich das Proletariat vieles über Schulden finanzieren muss, wie Häuser, Schulen, Autos etc. direkt einen Einfluss auf die Einkommenschwächeren haben und andererseits den privaten Schuldenberg weiter erhöhen.

Damit wird die Frage einer Schuldenkrise direkt über diese Leitzinserhöhungen befeuert. Denn höhere Zinsen bedeute letztlich nur, dass für geliehenes Geld mehr Geld zurück bezahlt werden muss.

Zentral – was die ökonomische Situation mittel- bis langfristig anbelangt – wird die Erhöhung des Leitzinses dadurch, dass sich dadurch das Fremdkapital, das für Investitionen – also für die Umwandlung von Geld in Kapital – zur Verfügung stehen muss , verteuert. Darauf sind hauptsächlich KMUs angewiesen, doch werden auch die grossen Konzerne deshalb weniger investieren. Das dämpft die Konjunktur.

Mittelfristig bedeutet das, dass das Kapital weniger Arbeitskräfte braucht, und für die proletarische Klasse, dass es zu Entlassungen kommen und weniger Neueinstellungen geben wird.

Zwar ist das Proletariat im Moment noch in der Lage, infolge des Mangels an Arbeitskräften - hauptsächlich an Facharbeitskräften –, Forderungen bezüglich Lohn, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen zu stellen, doch wird sich dies mittelfristig für die Bourgeoisie durch die leitzins- und inflationsbedingte Dämpung der Konjunktur «entspannen» : Es wird einen Überschuss an Arbeitskräften geben. Die Kampfkraft des Proletariats, bzw die Verhandlungsbasis für den Lohn der einzelnen Arbeitenden wird damit direkt angegriffen.

Diese speziellen Bedingungen – Zinserhöhung und Teuerung – müssen im gesamten Zusammenhang der Krisenentwicklung gesehen werden: Die Umwälzungen des gesamten Produktions- und Reproduktionsapparates infolge der Digitalisierung haben die gegenwärtige relative Stabilität des Kapitalismus und damit den Arbeitskräftemangel hervorgebracht. Sind die Umwälzungen einmal abgeschlossen, dürfte es zu einem gröberen Kriseneinbruch kommen, mit entsprechendem Mangel an Investitionsmöglichkeiten für das Kapital. Dadurch wird die Kapitalüberproduktionskrise wieder in den Vordergrund rücken, mit entsprechenden Umstrukturierungen und Massenentlassungen. Zinserhöhungen und Inflation haben schon jetzt die Löhne unter den Wert der Ware Arbeitskraft gesenkt, insbesondere im Tieflohnbereich. Dies

> ***[...] ist es eine der bedeutendsten Ursachen, die die Tendenz zum Fall der Profitrate aufhalten. (MEW 25, Seite 245)***

Eine der Faktoren, welche der Krisenentwicklung entgegenwirken wird ist demnach für das Kapital bereits aufgegleist. Und das, wie immer, auf dem Buckel des Proletariats.

STANDORTPOLITIK

Adio Lugano Bella*

Eine alternde Gesellschaft, Schwund von Arbeitsplätzen nach der Aufhebung des Bankengeheimnisses und teure Mieten. 80% der Maturierenden ziehen weg. Die Stadt Lugano steckt in der Krise. Die Lösung lässt uns aufhorchen.

(agj) Gleichzeitig kamen verschiedene «bad news» aus dem Tessin: Superreiche ziehen nach Lugano, Arme ziehen weg. Neu lässt sich in verschiedenen Geschäften der Stadt mit Bitcoin bezahlen. Grund genug näher hinzuschauen, was in der schönen Stadt jenseits des Gotthards gerade passiert.

Dass Lugano kein armes Pflaster ist, mag den Meisten klar sein. Gerade die *Via Nassa* ist einigen durch Monopoly ein Begriff. Lugano ist der drittgrösste Finanzplatz der Schweiz und die Stadt der Privatbanken. Nicht nur alle Banken des Tessins haben ihren Hauptsitz da, sondern auch viele Privatbanken haben sich in Lugano niedergelassen. Milano ist eine Stunde entfernt, also perfekte Bedingungen, um mit dem Nachbarsland in Geschäfte zu treten. Auch steuertechnisch scheinen Firmen mittlerweile abzuwägen, ob Lugano die billigere Variante verglichen mit Mailand ist. Das zeigt sich unter anderem daran, dass einige Modebrands ihren Hauptsitz in die Schweiz transferiert haben.

Eine Stadt verliert ihre Identität...

Das klingt alles nach einem guten Wirtschafts-Standort, doch es gibt ein Problem; Mit dem «Quasi-Ende» des Schweizer Bankengeheimnisses 2014 und dem Rückgang von Spekulationen an der Börse verlor Lugano viele Arbeitsplätze, die Attraktivität sank kontinuerlich. Es fehlen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Andere Städte sind für Studierende viel attraktiver. Ein Medizinstudium ist erst seit zwei Jahren im Tessin möglich, eine Reaktion auf den Ärztemangel im Kanton. Ob dies reicht, um Ärzt_innen bei einem tieferen Monatslohn im Kanton zu behalten bleibt offen. Die Lebenshaltungskosten sind im Vergleich zum Lohn hoch. Ein Grossteil des kulturellen Angebotes ist auf den Tourismus zugeschnitten, das zeigt sich auch in der massiven Bewerbung des kulturellen Angebots von Lugano zum Beispiel in Zürich. Für die Bevölkerung ist das Angebot grösstenteils unattraktiv oder überteuert. Doch der Tourismus erzielt immerhin stabile Umsätze.

Seit kurzem gibt es plötzlich Veränderungen in der Stadt: In den ersten Monaten diesen Jahres ist die Anzahl der Reichen in Lugano um 8% gestiegen. Damit ist die Kleinstadt in den Top 20 der Städte mit dem höchsten Anteil von reichen Menschen in der ganzen Welt angelangt. Zürich ist auf dem 13. Platz und Genf an neunter Stelle. Bekannt ist der Umzug von Kjell Inge Røkke (einer der reichsten Norweger, reich geworden in der Fischereiindustrie) nach Lugano. Neben den guten Steuersätzen und dem milden Klima interessiert ihn laut norwegischen Journalisten sicher auch Luganos «Plan B», laut dem Lugano zur Kyrptowährungshauptstadt von Europa werden will. Der Milliardär ist der grösste Investor in Kryptowährungen aus Norwegen.

... und findet ihre alte Identität wieder

In Lugano gibt es alles, was Reiche brauchen: Diskretion, Einrichtungen und Services wie Kliniken mit Suiten in der Neonatologie und prestigeträchtige Internationale Privatschulen. Es gibt ein Zeitschrift extra für sie: «Hub» als monatliche Beilage im «Corriere del Ticino». Lamborghinis und Ferraris sind nicht mehr vom Stadtbild wegzudenken.

Und dann ist da eben noch Luganos «Plan B», eine gemeinsame Initiative der Stadt Lugano und Tethers (eine Kryptowährung), die Nutzung der Bitcoin-Technologie als Grundlage der Umgestaltung der Finanzinfrastruktur der Stadt zu beschleunigen. Ihr Wunsch ist es, Blockchain und Bitcoin in der ganzen Stadt zu verbreiten und dabei «alle Facetten des täglichen Lebens für die Einwohner von Lugano positiv zu beeinflussen». Mit der neuen Zahlungsmethode soll dies möglich sein.

Laut «Plan B» kann man in Lugano nun in 300 Shops und Restaurants mit «Luga Coins (LVGA)» bezahlen, einer Stablecoin. Stablecoins sind Kryptowährungen, die durch Preisbindugsmechanismen gesteuert werden. Und in 65 Geschäften kann als Pilotprojekt mit Bitcoins und Theter bezahlt werden. Für Kunden und Gewerbe ist es wohl nicht viel mehr als ein «Gag», wenn nun der Espresso mit Bitcoins einkassiert oder bezahlt werden kann. Da der Schweizer Franken als starke Währung als verlässlich gilt, wieso sollte man eine Währung wählen, die nicht so stabil ist? Dass die Bitcoin-Blase irgendwann platzt, ist sehr wahrscheinlich. Der Bitcoin wird an der Börse viel höher gehandelt, als seinem Wert entspricht (siehe Aufbauzeitung Nr. 110).

Darüber ob der «Plan B» und der Zuzug der Reichen nach Lugano zusammenhängt, lässt sich nur mutmassen. Dass es für die Reichen attraktiver ist mit Kryptowährungen zu bezahlen, als für proletarische Menschen liegt auf der Hand. Das die nun wegziehen, merkt man auch

*Adio Lugano Bella, ist der Titel eines anarchistischen Arbeiter_innen-Liedes

im Sopraceneri, dem Siedlungsgebiet um Bellinzona. Auch wenn es dort genug Wohnungen gibt, fällt auf, dass Leute aus Lugano kommen und Immobilien mieten oder kaufen.

Standortpolitik

Das Beispiel zeigt einmal mehr exemplarisch wie Standortpolitik Klassenkampf von oben ist. Dass eine Stadt Massnahmen schaffen muss, wenn die Leute abwandern, ist irgendwie verständlich. Das Problem zu lösen, in dem man Kryptohauptstadt von Europa werden möchte, zeigt auf, dass es nur darum geht, im Vergleich zu anderen Wirtschaftsstandorten besser dazustehen und Firmen anzulocken. Das schafft Arbeitsplätze, könnte man sagen. Doch Arbeitsplätze alleine reichen nicht aus, um ein Leben lebbar zu machen. Die Immobilienpreise deuten in eine andere Richtung, bezahlbarer Wohnraum ist schwindet. Das Kulturelle Angebot ist entweder auf Tourimus oder Reiche ausgerichtet. Eines der letzten kulturellen Zentren von unten, das CSOA Molino, wurde im Frühling 2021 geräumt. Was die Stadt Lugano ausprobiert, sind Lösungen, die den Besitzenden in die Hände spielen, das Proletariat geht leer aus und muss aus der Stadt wegziehen.

Demonstration am 15.10.22, der Kampagne: *Alles wird besetzt*,im Zusammenhang der Räumung des Kochareals im Winter 2023,

STADTENTWICKLUNG

Das Kochareal oder «Alles wird besetzt!»

Hausbesetzungen haben eine lange Geschichte gemeinsam mit der revolutionären Bewegungen. Sie sind ein Ort der Bruchposition und der Entwicklung revolutionärer Kultur. Es geht um Kollektivität, die Wohnungsfrage und darum, im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung, die Machtfrage zu stellen: «Wem gehört die Stadt?». Interview mit einem Militanten des Kochareals.

(agj) Die Stadt Zürich hat eine lange Geschichte von besetzten, erkämpften und selbstverwalteten Räumen. Wie wichtig sind solche Orte für eine Bewegung?

Gehen wir einmal von einer Kontinuität von besetzten, selbstverwalteten Räumen aus. Inwiefern diese erkämpft wurden oder einfach strategisch geduldet waren oder sind, ist meiner Meinung nach eine wichtige Frage, der wir uns kritisch stellen müssen. Ausgehend von dieser Frage ist auch die Wichtigkeit dieser Räume für soziale Bewegungen oder politische Prozesse zu beantworten. Einerseits stellen solche Räume - und das ist auf das Kochareal sicher zutreffend einen wichtigen Ort der Vernetzung auf kultureller und politischer Ebene dar. Es ist ein Raum, in dem sich Menschen aus verschiedenen Positionen ausserparlamentarischer Politik und Autonomer Kultur treffen und gemeinsam an politischen und kulturellen Projekten arbeiten.

Andererseits ist der Betrieb und das Aufrechterhalten dieser Räume materiell und auch sozial sehr anspruchsvoll und mit grossem Aufwand verbunden.

Inwiefern solche Räume also wichtig für eine Bewegung sind, kommt auf das Verhältnis dieser Räume zur Bewegung an und umgekehrt. Das Gleiche gilt auf Subjektebene. Wer hat Zugang zu diesen Räumen und identifiziert sich mit ihnen?

Wen können wir mit unserem Angebot erreichen oder gar in kollektive Prozesse miteinbinden? Und was von alldem manifestiert sich dann in einer gemeinsamen Praxis, mit der wir in den politischen Alltag und den öffentlichen Diskurs eingreifen wollen?

Die Frage, inwiefern besetzte Häuser oder autonome Räume erkämpft sind, oder eben strategisch geduldet, trägt die Frage der realen Gegenmacht auf direkter Konfrontationsebene mit dem bürgerlichen Staat in sich. Haben wir wirklich die Kraft die bestehenden Machtverhältnisse, im Fall einer Besetzung die des Immobilieneigentums in Frage zu stellen, oder sind wir einfach ein kalkulierbarer Faktor in der Gleichung derer, die unsere Städte und somit unsere Leben verwalten?

Verlassen wir uns auf den Zuspruch der parlamentarischen Linken oder schaffen wir es, die Bewohner_innen dieser Stadt von der Wichtigkeit selbstverwalteter unkomerzieller Räume zu überzeugen, um sich auch aktiv dafür einzusetzen?

Ihr hattet im Koch sehr viele Initiativen: Party, Küfa, ein Kino und eine Fahrradwerkstatt. Das schafft Bewusstsein für eine Kultur der kollektiven Selbstverwaltung. Wie weitreichend schätzt du die Erfahrungen in den Köpfen der Kochbewohner und Besucher?

(M): Ich denke nicht, dass ich in der Lage bin, darüber zu urteilen, wie andere Menschen das Kochareal erleben. Für mich ist dieser Ort ein lebendiger Beweis dafür, dass es eben doch anders geht, als es uns jeden Tag an jedem Ort in dieser Stadt aufgezwängt wird. Ein offener Raum ohne Konsumzwang, ohne Leistungsauftrag von irgendeiner Fachstelle oder Verwaltung, in dem es nicht um die kommerzielle Verwertbarkeit einer Kultur geht, sondern um den Wert, den ihr die Menschen, die an deren Produktion und Konsumation beteiligt sind, zuteilen. Das schafft eine gewisse Stimmung in der Ideen kollektiver Organisierung fassbar und erfahrbar werden. Das hat sehr viel mit politischer Selbstermächtigung zu tun und macht Lust, diese Konzepte auch auf andere Lebensbereiche anzuwenden und nach aussen zu tragen. Darin steckt wohl auch das grösste politische Potential das diese Orte für soziale Bewegungen in sich tragen.

Du hast von geduldeten Räumen gesprochen. Wie meinst du das?

Da steckt politisches Kalkül dahinter. Die Besetzer_innen kriegen die Hütte und das erste Jahr lang sind sie dann mal mit Renovieren beschäftigt und dem Aufbau von Infrastruktur. Das bindet Kräfte und nimmt Druck weg von der Strasse. Der Staat profitiert aber nicht nur dadurch, dass der Kampf auf der Strasse (in diesem Bereich) befriedet ist. Er profitiert auch von den sozialen Projekten und einer «Gratis – Sozialarbeit» die von den Besetzer_innen geleistet wird. Hier werden Menschen aufgefangen, die woanders eingesammelt werden müssten. Viele Menschen nützen das kulturelle Angebot hier. Solche Räume produzieren Mehrwert. Kulturell, sozial und somit auch ökonomisch. Der Staat gibt das nicht zu und erwähnt es in keiner Statistik. Aber wir leisten sehr viel Arbeit aus Eigenmotivation und nicht für Profit im kommerziellen Sinn.

Wie steht das alles im Zusammenhang mit der Bruchposition?

Die Bruchposition ist komplex...Es ist schwierig sich gegen Vereinnahmung zu wehren. Noch schwieriger ist das in einem geduldeten Verhältnis. Für mich ist klar: Keine Miete zahlen heisst, weniger entfremdete Lohnarbeit leisten zu müssen und dadurch ein Zeitprivileg zu gewinnen Diese Zeit kann ich dann in politische, kulturelle und soziale Arbeit stecken, die ich für wichtig halte. Zugegeben, das ist sehr individualistisch und hat erstmal mit einer revolutionären Perspektive nicht zwingend viel zu tun. Und da muss ich mich auch immer wieder selbst fragen, wie weit ich denn jetzt damit mit dem Bestehenden im Bruch stehe. Das sind Fragen, die wir uns auch kollektiv immer wieder stellen müssen. Wieviel Spannung halten wir aus, wie stehen wir zu anderen Räumen und Initiativen, was ist unsere Position in diesen Kämpfen? Das Kochareal ist keine politische Organisation, die den Bruch per se im politischen Programm hat, das es übrigens auch gar nicht gibt. Die Meinungen sind sehr vielfältig und die Linien sind ständig in Bewegung und müssen von den Beteiligten immer wieder neu ausdiskutiert werden. Der Bruch besteht hier de facto, dass wir keine Miete zahlen und uns das Koch, ohne zu fragen genommen haben, und es auch nicht ohne weiteres einfach so hergeben wollen.

Perspektivisch fördern solche Räume also ein kollektives Bewusstsein. Wann denkst du, springt der Funke auch ausserhalb der Bewegung?

Ich denke, das kommt darauf an, ob wir es hinkriegen, Menschen ausserhalb unserer Komfortzone zu erreichen, um uns in die sich zuspitzenden Widersprüche in unserer Gesellschaft aktiv einzumischen. Die Corona Pandemie hat exemplarisch das Versagen einer auf Profit ausgerichteten Gesundheitspolitik aufgezeigt und die Notwendigkeit antifaschistischer Organiserung angesichts offen auftretender Faschist_innen wieder zurück ins Bewusstsein vieler Menschen gebracht.

In Bezug auf das Koch passiert jetzt einiges, weil der Raum und die damit verbundene Perspektive bedroht ist. Jetzt wird den Leuten bewusst was wegfällt. So ein Raum ist ein realer Gegenentwurf, gegen das Bestehende. Und wenn der wegfällt, besteht wieder die Dringlichkeit sich einen neuen zu erkämpfen und anzueignen. Das hat Potential, dass sich mehr Leute solidarisieren und ein Bewusstsein dafür entwickeln. Es entsteht ein Diskurs mit mehr Menschen und mehr Initiativen. Kampagnen wie «alles.wird.besetzt» entstehen.

Wir haben uns entschieden, kämpferisch weiter zu machen und diesen Moment zu nutzen um Politik zu machen. Die Forderung nach selbstverwalteten Räumen oder nach einer anderen Welt fällt nicht weg, weil das Koch wegfällt. Es entsteht eine neue Dringlichkeit. Auch für das Individuum entsteht die Dringlichkeit, ein Dach über dem Kopf zu haben (lacht). Wohnungsnot und Stadtentwicklung gehen uns alle an. Solche Räume zeigen Missstände auf. Wie können wir uns dagegen organisieren und kämpfen? Wann reden wir von Bewegung und wo öffnen sich Perspektiven.

Die EWZ – Besetzung war eine kulturelle Besetzung. Und warum wurde sie so schnell geräumt?

Es war ganz klar eine politische Besetzung. Nicht nur Kulturhaus, sondern ein Polit-Squat. Das ist wichtig. Die Bewegung geht immer mehr in diese Richtung. Wir wollen nicht einfach einen Partyraum, sondern einen zentral gelegenen Raum um Stadtentwicklung und andere politische Themen öffentlich zu diskutieren. Ein Raum für Auseinandersetzungen und Initiativen. Mal schauen wie das jetzt weitergeht. Es sieht so aus, als wollen sie mal sehen wo wir stehen als Bewegung und ob es überhaupt eine Bewegung gibt mit Mobilisierungspotenzial. An der Demo am Lindenplatz hatten wir eine unglaublich kämpferische Stimmung in der Demo und nach aussen. Wir waren 1000 Leute und das war ein sehr positiver und wichtiger Moment. In der Woche nach der Räumung des E.W.Z. gingen auch nochmal Leute auf die Strasse und die Sache ist sicher noch nicht gegessen...

Wir machen außerparlamentarische Politik. Bei Besetzungen bringen dann aber doch oft Parteien wie die AL diese Besetzungen ins Parlament ein. Wie geht man damit um?

Wir können uns nicht auf parlamentarische Politik verlassen, wenn sich aber Menschen in der Basis dieser Parteien für das Thema Stadtentwicklung mobilisieren um sich mit ihren Möglichkeiten dafür einzusetzen, hab ich da nichts dagegen einzuwenden...na, ja...ausser ich und andere verlieren dadurch ihr Zuhause, so wie jetzt gerade im Fall Kochareal...Parlamenten nie vertrauen, Widerstand von unten bauen!

Vielen Dank, möchtest du noch was zum Schluss sagen?

Wir müssen raus aus der subkulturellen Isolierung. Der Häuserfrieden verhält sich ähnlich wie der Arbeitsfrieden. Sie lassen uns die Räume, die wir uns sowieso nehmen und vermeiden damit Auseinandersetzungen auf der Strasse. Wenn das Kräfteverhältnis auf unserer Seite zurückgeht, nehmen sie uns auch diese Räume und drängen uns mehr und mehr in die Peripherie.

Wir müssen in die Offensive gehen. Alles wird besetzt!

«Wir wollen verschiedene Kämpfe und verschiedene Kunstformen verbinden.»

ROTE KULTURTAGE

«Die Revolution kommt nicht durch die Kultur, aber sicher mit ihr.»

Am 6. und 7. August fanden im Theatersaal des Volkshaus Zürich die «Roten Kulturtage» statt. Diese boten professionellen und Laienkünstler_innen einen Raum, das zu zeigen, worauf sie Lust haben. Wir sprachen mit zwei jungen Genoss_innen aus dem Organisationskomitee über die politischen Hintergründe, über deren Auffassung von Arbeiter_innenkultur und über den Kampf um einen anderen Kulturbegriff.

(gpw) Was nehmt ihr persönlich an Erfahrungen aus diesen beiden Tagen mit?

An: Für mich stehen zwei Dinge im Zentrum: Es war gut, dass wir uns das Volkshaus zurückgeholt haben. Früher war das Volkshaus ein Ort wo die Arbeiter_innenkultur gelebt hat, heute ist es vorrangig ein kommerzieller Raum. Zudem war es toll zu erfahren, dass der Transfer in die Gewerkschaften geklappt hat und es Beiträge aus der Gewerkschaftsbasis mit den unterschiedlichsten künstlerischen Formen gab. Wir wollten mit den Roten Kulturtagen den Klassenkampf mit künstlerischer Arbeit ergänzen.

Ar: Wir hatten sicher einige organisatorische Defizite. Das Programm wurde zu spät veröffentlicht und die Mobilisierung war ungenügend – kurz: es kamen relativ wenig Leute. Dazu kam, dass das Volkshaus nicht auf die Miete verzichtet hat. Daraus haben wir aber sicher auch viel gelernt. Für das Theaterstück «Fiume», einem politischen Stück über das Italien der 1920er Jahre und die politischen Widersprüche in den Jahren vor der faschistischen Machtübernahme, haben wir separat und intensiv mobilisiert, was gut geklappt hat und wofür wir eine positive Resonanz erhielten.

Wie habt ihr das Programm ausgearbeitet? Wie seid ihr vorgegangen?

Ar: Es gab einen open call, den wir auch gezielt verbreitet hatten. In einem ersten Schritt suchten wir den Kontakt zu den Gewerkschaften, die darauf alle ihre Mitglieder angeschrieben haben. So kam ein Grundstock an Beiträgen zusammen. In einem zweiten Schritt fragten wir gezielt linke Projekte an, wie beispielsweise die Proletarische Singgruppe, ob sie bei uns auftreten wollen.

Bereut ihr, die Tage vor so wenig Publikum durchgeführt zu haben? Wäre es gescheiter gewesen, etwas zurückzustecken und das Programm vielleicht in einem kleineren Raum durchzuführen?

Ar: Wir haben uns auch viel mit der Geschichte des Volkshauses auseinandergesetzt. Das Volkshaus war ein politischer und kultur-politischer Ort. Das ist es nicht mehr und wir wollten ein Stück weit zurückholen, was uns gehört. Die staatlichen Theaterbühnen sind konstruiert fürs Bürgertum, die Bühne im Volkshaus ist historisch gesehen für die Arbeiter_innenklasse konzipiert. Der Raum hat also symbolische Bedeutung und ist der Ort wo eine Auseinandersetzung mit proletarischer Kultur stattfinden soll. Wir gehören dahin, das ist unser Ort.

An: Auf keinen Fall! Wir wollten die grosse Kiste durchziehen, damit wir wissen, wo wir politisch stehen bzw. was wir politisch und kulturell zu bieten haben und was es heisst, mit der ganz grossen Kelle anzurühren. Das waren wichtige Erfahrungen für uns.

Kommen wir auf den Inhalt des Themas zu sprechen. Welche Ziele verfolgtet ihr?

Ar: Während Corona hatten wir lange Diskussionen über proletarisches Theater – wir kommen beide aus dieser Kunstsparte – und wie man aus der institutionalisierten, bourgeoisen Kultur entfliehen kann. Dabei nahmen die Auseinandersetzungen mit dem kleinbürgerlichen Theater mit linkem Anstrich einen wichtigen Platz ein. Aus diesen Fragestellungen heraus wollten wir etwas machen an einem Ort, für den wir kämpfen, dass er proletarisch geprägt ist.

An: Wir wollten verschiedene Teile der Arbeiter_innenbewegung ansprechen: die revolutionäre Bewegung wie auch die Gewerkschaften bzw. was davon noch übrig ist. Es gibt zwei Perspektiven: Es hat Menschen aus der professionalisierten künstlerischen Szene, die gerne Theater für die Klasse machen würden und sich dennoch durch die gegebenen Strukturen in einem bourgeoisen Framing befinden, sowohl was Inhalte aber auch was die Orte betrifft. Institutionalisierte linke Kultur möchte der Bourgeoisie ein schlechtes Gewissen machen und damit hat sichs. Widerständisches kommt darin selten vor. Das ist der kunstschaffende Diskurs.

Der andere Diskurs fand im Kontext des Klimastreiks/Strike for Future und in den Gewerkschaften statt. Früher war die Kultur fest in den Gewerkschaften verankert, das ist heute nicht mehr so. Wie kann man die Kultur zurück in die organisierte Arbeiter_innenschaft bringen? Kultur schafft Begegnungen und soziale Orte, die eine Bedeutung für den politischen Kampf haben – das finden wir wichtig.

Ihr bezieht euch oft auf die Geschichte. Was bedeutet für euch proletarische Kultur heute?

An: Ökonomisch und politisch existiert eine Arbeiter_innenklasse und gerade in der jetzigen Krise zeigt sich das immer mehr. Wir versuchten dort anzuknüpfen, wo schon ein proletarisches Bewusstsein existiert, also in den Gewerkschaften, in der aussenparlamentarischen linken Bewegung oder in selbstorganisierten, migrantischen Strukturen. Das Programm – jedoch nicht das Publikum – hat dies auch widerspiegelt: Beispielsweise die Proletarische Singgruppe und unser Theater, die aus der linken Szene kommen; Alleycat, ein Rundgang durch das linke Zürich, das von organisierten Kurier_innen durchgeführt wurde; ein ehemaliger PTT-Angestellter, der Gedichte las; eine kurdisch-türkisch-sri lankische-Gruppe, die Musik und Poesie verband. Da werden verschiedene Facetten der Kultur des heutigen organisierten Proletariats sichtbar.

Woher kommt dieser klare Klassenstandpunkt?

An: Wenn man linke Kultur machen will, ist es uns wichtig, dass es nicht nur um formelle und inhaltliche Fragen geht, sondern auch, in welchen Gesamtkontext man diese setzt. Oft, wenn man über linke Kultur diskutiert, geht es am Ende doch um ein bürgerliches Kultur-Setting und um bürgerliche Kulturinstitutionen. Diese sind mächtig und können von innerhalb kaum überwunden werden, auch wenn das immer wieder mit guten Absichten versucht wird. Linke Kultur sollte an Bewegungen und an einen Klassenstandpunkt gekoppelt sein. Dies beinhaltet auch eine deutliche Bruchposition. Das ist das, was uns interessiert.

Ein weiteres wichtiges Paradigma ist die Formel der «Kultur im Klassenkampf». Was versteht ihr darunter?

An: Wir verstehen Kultur als organisatorisches Mittel. Kunst kann ein agitatorisches und propagandistisches Instrument sein und als Kampfmittel gesehen werden. Kunst wird die Verhältnisse nicht umstürzen, aber sie kann den Klassenkampf auf der Strasse und in den Betrieben unterstützen. Die Revolution kommt nicht durch die Kultur, aber sicher mit ihr. Klassenkämpferische Kultur sollte versuchen immer etwas aufzubrechen.

Linke Kritiker könnten euch vorwerfen, dass ihr euch an den Roten Kulturtagen in einen Saal «zurückgezogen» habt, statt die Kultur auf die Strasse gebracht zu haben. Was sagt ihr dazu?

Ar: Kultur im Strassenkampf ist nur eine Kulturerscheinung von vielen. Wir wollen verschiedene Kämpfe und verschiedene Kunstformen verbinden. Kultur auf der Strasse ist ein wichtiges Mittel zur Agitation – aber der Organisationsaspekt von Kultur, auch in stilleren Zeiten auf den Strassen oder in den Betrieben, erfordert gerade auch, dass wir uns Räume zurückholen. Wir wollen mehr als nur die Strasse, die ein sehr ausgestellter Ort ist.

Wird es eine weitere Ausgabe der Roten Kulturtage geben?

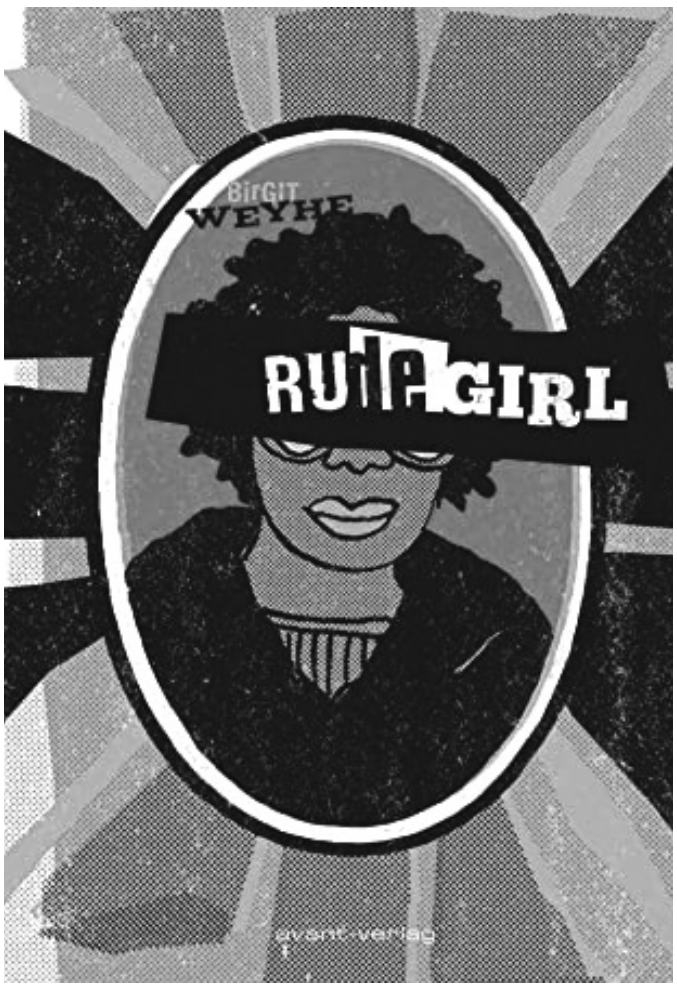
Ar: Wir befinden uns im Moment in einem internen Reflektionsprozess, der in den nächsten Wochen abgeschlossen sein sollte. Wir bleiben dran, diskutieren weiter und sind motiviert. Wir haben ein wichtiges Thema angetippt, das muss in der einen oder anderen Form weitergeführt werden.

An: Wir wollen auch mehr Leute einbinden und in Dialog mit ihnen treten. Diese erste Ausgabe war komplett frei von Organisationen getragen, da können wir sicher einen Schritt weitergehen. Wir wissen nun, worauf wir uns einlassen, es ist kein Luftschloss mehr. Es gibt eine Diskussionsbasis und konkrete praktische Erfahrungen, auf denen wir aufbauen können.

Viel Kraft und Erfolg!

Eleonora Roldán Mendívil & Bafta Sarbo: Die Diversität der Ausbeutung

«Gesellschaftliche Phänomene und ihr Funktionieren können nur aus den spezifisch historischen Bedingungen ihres Entstehens verstanden werden.» Auch auf den Bereich Rassismus übertragen, bildet dies der Anspruch von Eleonora Roldán Mendívils und Bafta Sarbos Sammelband. Darin versammelt finden sich zehn Beiträge, die unterschiedliche Aspekte des Rassismus beziehungsweise Antirassismus unter die Lupe nehmen.
Die «historischen Bedingungen» des Rassismus finden sich in den ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus und der Marxismus bietet für dessen Analyse den notwendigen Werkzeugkasten an, so die gemeinsame Grundannahme. Die verschiedenen Beiträge gehen nach einer Einleitung darüber, warum es dafür den Marxismus brauche, auf verschiedene Aspekte in der Wechselwirkung von sozialer Ungleichheit und Rassismus ein, beispielsweise was Care Arbeit oder die Arbeitsmigration betrifft. So zeigt sich beispielsweise, wie sich «rassistisch strukturierte Hierarchien» auf dem Arbeitsmarkt manifestieren. Darin reproduzieren diese zugleich Rassismus wie sie dem kapitalistischen Verwertungsprozess dienen. Aus solchen materialistischen Analysen leitet sich ein Rassismusbegriff ab, der in eine andere Richtung als in der bürgerlichen Diversitätsförderung geht, auch weil er den Ursprung von Rassismus anders versteht: «Rassistische Differenz artikuliert sich nicht erst durch explizit rassistische Handlungen, sondern schon ökonomisch durch soziale Ungleichheit.» Dadurch zielt ein materialistischer Rassismusbegriff auch in der antirassistischen Praxis auf die Ausbeutungsverhältnisse. Nicht weil damit die verehrende Wirkung expliziter rassistischer Handlungen und subjektiver Einstellungen verleugnet werden soll, sondern weil nur die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt die Möglichkeit schafft, grundlegende soziale Ungleichheiten und deren ideologische Mechanismen zu überwinden – und weil der Kampf hierfür über eine «gemeinsame politische Haltung und Perspektive» verbindend wirken kann, sodass aus «Allies» wieder Genoss_innen werden.
Lesenswert ist auch das (nur kurze) Vorwort von Christian Frings, der den «Verlust einer Kritik des Kapitalismus» mit der realen Vereinzelung und der Perspektivlosigkeit nach dem «Ende der Geschichte» verbindet. Daran anknüpfend stellt sich die offene Frage, ob man diesen angedeuteten Versuch einer ausführlicheren Historisierung aktueller linker Theorien und Bewegungen nicht noch weiter ausführen könnte, sowohl was die Veränderungen objektiver Bedingungen als auch subjektiver Kämpfe betrifft.



Birgit Weyhe: Rude Girl

Rude Girl ist der Comic über ein Projekt, über den Versuch, die Biografie von Priscilla Layne zu schreiben und zu zeichnen. Weyhe, die weisse Autorin mittleren Alters aus Norddeutschland, begegnete Layne, der jungen afroamerikanischen Germanistin aus der Arbeiter:innenklasse Chicagos, die heute in den Südstaaten Professorin ist. Weyhe äussert den Wunsch, die Biografie von Priscilla Layne zu zeichnen, denn diese tönt ziemlich spektakulär. Als Kind war sie eine Aussenseiterin, für schwarzen Mitschüler:innen war das aus Barbados stammende Mädchen sonderbar, für die Weissen zu arm und zu schwarz. Sie wurde Skin-Head. Wenn schon Aussenseiterin, dann wenigstens richtig und selbstbestimmt! Die einzelnen Episoden des Comics sind allerdings über weite Strecken frei erfunden, die Hauptperson darin heisst Crystal und im Nachwort bezeichnet die Autorin das Buch als «Werk der Fiktion».
Was der Comic aufzeigen möchte (und was ihm auch gelingt), ist, wie so ein Werk auf Augenhöhe entstehen kann, gerade in einem Fall wie diesem, in dem die Schreibende und die Beschriebene zwar die gleiche Sprache sprechen, darüber hinaus aber nur wenige gemeinsame Erfahrungen teilen. Fehlkonzeptionen und Missverständnisse der Autorin würden sich fast zwingend ergeben. Der Wahrheitsgehalt der Biografie ist hingegen weniger wichtig. Wichtig ist hingegen, dass die Geschichte erzählt wird, die das Richtige erzählt. So ist es beispielsweise für uns Leser_innen ziemlich egal, ob Priscilla Layne den Klassenwiderspruch selbst so heftig erlebt hat, wie er dargestellt wird, sehr wichtig ist hingegen, dass er realistisch, nachtvollziehbar und ermächtigend beschrieben wird. Birgit Weyhe sagt im Interview, sie hätte auf Brecht zurückgegriffen, den sie beide lieben. Auf seine Verfremdungstechnik und die Offenlegung der Konstruktion. So stellt sich Weyhe selbst im Prozess der Reflektion ihres Schaffens dar, bildet auch Diskussionen mit Layne ab, zeigt Vor- und Nachteile einer bestimmten Darstellungsart und scheut sich auch nicht, die ungelungenen Passagen abzudrucken. Denn genau durch den Prozess der Veränderung wird klar, dass die Gefühle, die grafischen Darstellungen erzeugen, nicht Spitzfindigkeiten sind, sondern sehr wirksam und spürbar. Vor allem macht der Comic sichtbar, dass die ernsthafte Diskussion und die Zusammenarbeit beflügeln, er ist so gesehen ein Loblied auf die Kollektivität. Ein lehrreicher Comic, der nebenbei auch noch eine interessante Biografie erzählt. Wen kümmert es da, dass die frei erfunden ist.

Rote Welle
LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monates

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

BLUES

Der Blues – Eine Klassenposition in 12 Takten

Kein anderes Genre hat die abendländische Populärmusik geprägt wie der Blues. Als künstlerischer Ausdruck des schwarzen Amerikas im frühen 20. Jahrhundert hat der Blues einen proletarischen, progressiven Kern, der heute gerne in Vergessenheit gerät.

BB King und Eric Clapton beim gemeinsamen Musizieren. Der Eine König der Bluesgitarre, der Andere weist über 70 Millionen Plattenverkäufe aus.

(agkkz) Als sich Kurt Cobain mitte der 1990er Jahre fragte, wo sein Mädchen letzte Nacht geschlafen hatte, trieb diese Frage nicht nur ihn, sondern auch millionen seiner Fans um, welche sich in den klanglichen Sphären des bereits damals kultigen Livealbums MTV Unplugged von Nirvana verloren. Was weit weniger bekannt ist, ist die Tatsache, dass die exakt gleiche Frage 100 Jahre zuvor bereits vom afroamerikanischen Bluessänger Leadbelly gestellt wurde. Cobain reiht sich damit ein in die Riege der Künstler_innen, welche sich mehr oder weniger offen am Blues bedienten. Die heutige populäre Musik ist tatsächlich undenkbar ohne den Blues; geboren im Mississippi Delta, in Chicago elektrifiziert, unzählige Male rezipiert und rezikliert. Sollte es so etwas wie ein kollektives Unterbewusstsein geben, wäre der Blues sein Rhythmus, seine Harmonie fester Teil der DNA des Homo Sapiens. Zu viele Male haben wir diese 12 Takte bereits gehöhrt, ohne dass wir nicht die Akkordwechsel im Schlaf antizipieren könnten. Mittlerweile teils zur salonfähigen seichten Unterhaltungsmusik verkommen, hat der Blues eine bewegte Geschichte als Sprachrohr der schwarzen Bevölkerung der USA und ist als solches ein bedeutendes Stück proletarischer Kultur.

Blues is a feeling

Der Blues wurde ungefähr zeitgleich zum Ende des amerikanischen Bürgerkriegs, und der damit verbundenen formellen Abschaffung der Sklaverei in den USA, geboren. Als direkteste Vorfahren können die Arbeiter_innenlieder, welche auf den Baumwollplantagen des Südens gesungen wurden, und die spirituelle Musik identifiziert werden. Genau genommen sind die Wurzeln des Blues jedoch wahrscheinlich genauso divers wie die verschiedenen Kulturen, aus denen die versklavten Menschen nach Amerika verschleppt wurden. Es lässt sich sagen, dass der Blues auf eine Musik folgte, welche, im Rahmen des Arbeiter_innenliedes oder des spirituellen Liedes, die Hoffnung artikulierte, das Joch der Sklaverei möge ein Ende finden, also auf die kollektive Befreiung pochte. Als sich diese Hoffnung, zumindest formal, nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs erfüllte, war die Zeit reif, für eine neue, säkulare Musik, den Blues. Wobei der Blues tatsächlich eine heterogene Menge von Vortrags- und Darstellungsformen umfasst. Von der einfachen Einzelkünstlerin, die sich selbst auf der Gitarre oder dem Banjo begleitet, bis zur Revue-artigen Präsentation in extravaganter Abendgarderobe, begleitet von einer mehrköpfigen Band. Geeint wird das Genre von seiner harmonischen Struktur, im Blues werden die immer gleichen 12 Takte wiederholt. Möchte man noch weiter verintellektualisieren, so könnte man behaupten, die musikalische Spannung des Blues beruhe eben vor allem darauf, dass sich die kleine Terz der Solistin an der Grossen Terz der Harmonie reibt. Genauso zuverlässig, wie man den Blues zu formalisieren versucht, bricht er immer wieder mit den ihm auferlegten theoretischen Konzepten. Letztlich bleibt wohl nur die kryptische Definition, so vorgeschlagen unter anderem vom texanischen Gitarrenvirtuosen Sam Hopkins, «Blues is a feeling».

Klassenbewusste Lyrik

Die lyrische Seite des Blues ist heute stark klischeebehaftet. Oft scheint es darum zu gehen, dass Mann eines Morgens aufwacht und eine machoide, selbstdarstellerische Geschichte erzählt, von Alkoholismus, ausserehelichen Beziehungen, leeren Brieftaschen und davon, irgendwie «on the road» zu sein. Im historischen Kontext gesehen müssen diese Klischees selbstverständlich revidiert werden. So singt Bessie Smith im Stück «Young Womans Blues» die Zeilen: «No time to marry, no time to settle down/ I'm a young woman and ain't done running around» (Keine Zeit zum heiraten, keine Zeit sesshaft zu werden/ Ich bin eine junge Frau und habe noch nicht genug vom Leben). Während nach dem Ende des Bürgerkriegs die ökonomischen und politischen Verhältnisse für die schwarze Bevölkerung prekär blieben, bot das post-Bürgerkriegs-Amerika doch einige radikal neue Möglichkeiten: Reisen war erlaubt, der Zugang zu Bildung war im Prinzip gegeben und das autonome Eingehen von (sexuellen) Beziehungen war möglich. Wenn also Bessie Smith davon singt, nicht sesshaft werden zu wollen, ist das in dem Kontext zu verstehen, dass sie das nun eben auch nicht mehr muss, sie kann, anders als zu Zeiten der Sklaverei, reisen oder auch selbstbestimmt Beziehungen eingehen. Der Blues ist also Ausdruck dieser neuen historischen Epoche. Ebenfalls dekonstruiert die mitunter stark sexualisierte Lyrik des Blues die bürgerlichen Normen davon, wie eine Frau zu sein hat. Während die kapitalistische Gesellschaft die Frau zwingt, ihr Glück im häuslichen und der Heirat zu finden, hat Bessie Smith eben «no time to marry, no time to settle down». Auch findet sich im Blues eine entromantisierte Darstellung zwischenmenschlicher Beziehungen, jenseits kleinbürgerlicher Vorstellungen von ewig monogamen, immer harmonischen Ehen. Es wird auch der Vorwurf des machoiden entkräftet, wenn alle Geschlechter von «messin' around town» (In der Stadt einen drauf machen) singen. In den Anfängen des Blues war ein guter Teil der Künstler_innen weiblich und immer auf Augenhöhe mit ihren männlichen Kollegen. So hören wir von Ma Rainey: «Papa likes his bourbon, mama likes her gin/ Papa likes his outside women, mama likes her outside men» (Der Mann mag seinen Bourbon, die Frau ihren Gin/ Der Mann seine Frau nebenher, die Frau ihren Mann nebenher). Wonach wir jedoch meist vergebens suchen, sind weibliche Protagonistinnen, welche Mütter oder Ehefrauen sind, also bürgerlichen Rollenklischees entsprechen. Die Lyrik des Blues ist immer realistisch und berichtet vom Leben proletarischer Afroamerikaner_innen, von ihren Erfahrungen mit Rassismus, Sexismus und Klassizismus. Nur wer die Texte ausserhalb dieses Kontextes betrachtet, kann etwas banales, oder gar reaktionäres, darin finden.

Verwehrte Wertschätzung

Im Sommer des Jahres 1956 gelingt es einem Blues-Stück die Hitparaden der USA zu erobern. «Hound Dog», bekannt geworden durch die Interpretation von Big Mama Thornton, thront auf der Spitze der Charts. Allein wird das Stück nicht von Big Mama Thornton gesungen, sondern von einem gewissen Elvis Presley, Rock 'n Roll Sänger aus Tupelo, Mississippi. Einer auf diesen Erfolg hin veranlassten Wiederveröffentlichung des Originals von Big Mama Thornton war kein Platz in der Hitparade vergönnt, dieser Platz gehöhrte dem weissen, männlichen Amerika. Es beginnt eine Phase der Aneignung schwarzer Musik durch die weisse Mehrheitsgesellschaft, zuerst in den USA in Form der Rock 'n Roller um Elvis Presley, später im vereinigten Königreich von jenen Bands, die später als die «British Invasion» bekannt werden sollten. Der Blues wird international berühmt nicht als die Stimme der Unterdrückten, sondern als die Stimme der pubertierenden Bürgersöhnchen. Ihrem historischen Kontext entrissen, lässt sich die Lyrik des Blues wunderbar auf die Schlagworte Sex Drugs and Rock 'n Roll ummünzen. Während die englischen Nachwuchsblueser keinen Hehl aus ihrer Verehrung für die König_innen des Blues machen, kührt die Mehrheitsgesellschaft eben doch Eric Clapton als den Gott der Bluesgitarre und verewigt dieses Statement an den Häuserwänden Londons. Die wahren Wurzeln des Sounds werden gekonnt ignoriert. Es lässt sich spekulieren, dies sei, weil das Leid, welches der Motor so vieler Blues-Nummern ist, eben von der weissen Mehrheitsgesellschaft verursacht wurde und diese kollektive Schuld durch das Anhören schwarzer Künstler_innen immer wieder ins Bewusstsein gerückt wird. Während die Debatte um kulturelle Aneignung, bzw. der Wertschätzung der Wurzeln einer Kultur, in unseren Breitengraden eine neuere Erscheiung ist, hören wir vom US-Rapper Mos Def bereits Ende des 20. Jahrhunderts die Zeilen: «You may dig on the Rolling Stones, but they ain't come up with that Style on they own» (Dir gefallen vielleicht die Rolling Stones, doch die haben diesen Stil nicht selber erfunden).

Der Blues ist heute allgegenwärtig, sein Echo lässt sich durch alle Genres der populären Musik vernehmen. Was nicht mehr nachhallt ist seine Geschichte als klassenbewusste Musik des afroamerikanischen Proletariats. Als genau diese sollte der Blues heute wieder gehört und wertgeschätzt werden.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich / Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org / Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org **Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org **Zürich:** Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Paranoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.